

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 8. Mai 1923.

Nr. 105.

Ein frivolster Plan.

Das wenn auch noch nicht international organisierte, so doch international vorgehende Agrarier in der Tschechoslowakischen Republik sucht zu einem schweren Schläge gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auszuholen und bei den Zuständen in der Koalition, welche ein solches hemmungsloses Uebergewicht der Vertreter der besitzenden Klassen dort bedingen, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Plan gelingt. Der Plan betrifft die Einführung von Agrarzöllen. Die Agrarier verlangen nicht weniger, als daß auf den Meterzentner Mehl 90 Kronen Zoll gelegt werde, auf den Meterzentner Weizen 45 Kronen! Das würde eine Verteuerung des Mehles im Kleinhandel um über eine Krone bewirken! Man muß sich klar machen, was diese ungeheuerliche Verteuerung des Mehles, als des wichtigsten Lebensmittels, welches gleichzeitig bei der Preisermessung der anderen lebensnotwendigsten Lebensmittel maßgebend ist, bedeuten würde.

Die einst hochentwickelte Industrie in den Gebieten der Republik gleicht einem Trümmerhaufen. Daß nicht nur die Folgen der weltwirtschaftlichen Krise die Schuld tragen, geht schon daraus hervor, daß in Amerika, trotz der Krise in Europa, eine ungewöhnlich starke Prosperität eingetreten ist. Die besonderen Ursachen des Niedergangs unserer Industrie, das sind vor allem die verderbliche Handelspolitik der bisherigen Regierungen und die Wirkungen der Deflationspolitik, wirken weiter fort, so daß das Einfrieren einer die Industrie wieder belebenden Konjunktur kaum abzusehen ist. Es kann vielmehr noch eine Steigerung der Krise eintreten, wenn die in Begleitung des Ruhrkonfliktes einhergehende Scheinkonjunktur in unserem Bergbau ein Ende finden wird. In weiten Schichten der Arbeiterschaft herrscht bitterste Not und vielfach geradezu Verzweiflung: die Lohnreduzierungen und die Arbeitslosigkeit haben ihr Leben zur Hölle gestaltet. Die Arbeitslosenunterstützungen reichen kaum dazu aus, das nackte Leben zu fristen.

In dieser Zeit nun verlangen die Agrarier die Einführung von Agrarzöllen, welche das schon jetzt entsetzlich tiefe Lebensniveau der Arbeiterschaft auf eine Stufe herabsetzen würden, auf der ihre Existenz zur glatten Unmöglichkeit würde. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Arbeiter während und lange Zeit nach dem Kriege allen von ihm angehenden bitteren Leiden, allen Qualen und Entbehrungen am ungeschütztesten ausgesetzt waren, während für die Herren von Agrar und Galm die Kriegsjahre Jahre des fettesten Verdienens waren. Die Geldströme, die ihnen zufließen, versiegten auch noch lange nicht mit dem Kriegsende. Es mag sein, daß diese auf Kosten der Ernährung und der Gesundheit der arbeitenden Massen erzielten Uebergewinne spärlicher geworden sind und dem gesteigerten Appetit der Agrarier somit nicht genügen, aber darin liegt weder eine moralische noch eine rechtliche Begründung für ihr Ansinnen.

Die Produktion an Getreidefrüchten im Inlande vermag den Bedarf der heimischen Bevölkerung nicht zu decken, es muß also ein Teil des erforderlichen Getreides aus dem Auslande eingeführt werden, der schon an sich infolge der erhöhten Transportkosten keine Preis konkurrenz für das inländische Getreide bedeutet. Eine „Gefahr“ für die Ueberflutung mit billigem Mehl und Getreide besteht nicht, denn Rußland ist für unabsehbare Zeit als Lieferant von Mahlprodukten ausgeschlossen, Ungarn und Rumänien haben nur geringe Ueberflüsse abzugeben und eine Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und Argentinien kann wegen der großen Weltaumterchiede höchstens zur äußersten Not in Betracht kommen. Von „Weltmarktpreisen“ ist schon mit Rücksicht auf den verschiedenen Wert der Valuta und der damit verbundenen Verschiedenheit der Kaufkraft der Bevölkerung in den einzelnen Staaten zu reden nicht zulässig. Als entscheidender Maßstab bei der Bemessung der Brot- und Mehlpreise können letzten Endes nur die

Die französische Note.

Die deutsche Note im einzelnen unannehmbar, im ganzen Revolte gegen den Versailler Vertrag.

Paris, 6. Mai. Die Havas-Agentur veröffentlicht den Text der französischen Antwort auf die deutsche Note, welche um sieben Uhr abends dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoersch, übergeben wurde. In der Note heißt es, daß keine Maßnahmen, die Frankreich und Belgien getroffen haben, gegen den Sinn des Versailler Vertrages unternommen wurden, was bei den Vorschlägen der deutschen Note nicht der Fall ist. Die Note erinnert daran, daß Deutschland den passiven Widerstand organisieren wollte, welcher die Zusammenarbeit der Deutschen mit den Alliierten verhindern sollte. Die Note verweist weiters auf den aktiven Widerstand, welcher sich in Streiks der Beamten, in allgemeinen und systematischen Konflikten, Angriffen, Sabotageakten und Uebertretungen des gemeinen Rechtes kundgab, wodurch auch das Leben französischer und belgischer Soldaten und Beamten in Gefahr gebracht wurde.

Kein deutscher Vorschlag werde also in Erwägung gezogen werden können, so lange der passive Widerstand fortgesetzt werde.

Die Vorschläge seien auch von verschiedenen Standpunkten aus unannehmbar. Die angebotenen Ziffern stellen nicht einmal den vierten Teil des von der Reparationskommission festgesetzten Betrages dar und gestatten es Frankreich und Belgien nicht, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen. Deutschland verlange ein vierzehnjähriges Moratorium. Wenn wir den Wert der als erste Note angebotenen 20 Milliarden berechnen, bedeutet dies 15.820 Millionen. Die zwei weiteren Zahlungen zu fünf Milliarden sind mit solchen Vorbehalten versehen, daß das Ergebnis sehr unsicher sei. Deutschland schlägt die Aufhebung der Reparationskommission und deren Ersetzung durch eine internationale Kommission, durch Schiedsausschüsse und Schiedsgerichte vor, ein Vorschlag, den Frankreich und Belgien bereits früher abgelehnt haben. Deutschland teile auch nicht mit, welcher Art es seine Forderung konsolidieren wolle, auch nicht die gesetzlichen Maßnahmen, die es zu treffen gedente, noch die Geldmittel, womit es die Anleihe garantieren wolle. Die Garantie-vorschläge sind ebenfalls unbestimmt und illusorisch. Frankreich und Belgien könnten sich nicht mit neuen Erklärungen zufrieden geben, sie müßten Sicherheiten haben. Demgegenüber verlangt Deutschland die Erneuerung des Status quo im Ruhrgebiete und am linken Rheinufer. Wir könnten ohne Pfänder und Garantien nicht geduldig viereinhalb Jahre warten, bis es Deutschland genehm ist, Maßnahmen zu treffen, welche ihm konzentrieren würden, und bis es einen bestimmten oder unbestimmten Teilbetrag anbietet.

Frankreich und Belgien werden in keiner Weise ihren Entschluß über die Räumung des besetzten Gebietes nach Maßgabe der effektiven Reparationszahlungen ändern.

Die deutsche Note ist der schwach verhüllte Ausdruck einer systematischen Revolte gegen den Friedensvertrag von Versailles und würde schließlich zur moralischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Revolte führen.

Die Note erinnert schließlich daran, daß Deutschland durch alle Opfer, welche es verlangte, — Aufhebung der Garantien und der interalliierten Kommission — ein industrielles Uebergewicht über die von ihm verwüsteten Gebiete erlangen und sich der Pfänder und anderer Verpflichtungen entledigen würde. Frankreich und Belgien würden dann neuerlich einige Worte auf dem Papier erhalten. — Gleichfalls am Sonntag wurde die belgische Antwort dem deutschen Gesche belgische Antwort dem deutschen Ge-

wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in einem jeden Lande angesehen werden. Aber unsere Agrarier wollen ohne Rücksicht darauf, die Getreidepreise in die Höhe treiben und eine „Anpassung an die Weltmarktpreise“ vollziehen, wozu ihnen eben die Zölle dienen sollen. Denn es ist außer Frage, daß durch die Zölle nicht nur die Menge der notwendigerweise einzuführenden Getreidemenge ein Verteuerung erführe, sondern auch das im Inlande produzierte Getreide. Wohl behaupten die agrarischen Zeitungen, daß die Zölle nur eine unbedeutende Erhöhung der Preise für Brot und Mehl zur Folge hätte, aber um das zu glauben, müßten alle Erfahrungen, die man mit der Profitgier der Agrarier und Händler gemacht hat, fehlen. Durch die Zölle gedeckt, würden sie die Preise des Inlandsgetreides automatisch dem durch die Zölle belasteten Preise der ausländischen Mahlprodukte anpassen. Genügte doch erst kürzlich die Nachricht von einer Erhöhung der Zuckerpriese, um die Erhöhung vielfach zur Tat werden zu lassen oder doch zumindest die Möglichkeit zu allerlei Praxissen zu geben.

Unter den Gründen, die für die Einführung der Zölle geltend gemacht werden, wird angeführt, die heutigen Getreidepreise hemmen die Erhöhung der Produktion, bedingen ihre Senkung, so daß die Gefahr bestehe, daß bei gesteigerter Einfuhr ausländischen Getreides die Kaufkraft der agrarischen Bevölkerung sinken müßte, was eine Schädigung auch der Industrie wäre. Diese Begründung der geforderten Zölle hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Der durch die

Zölle herbeigeführte Schutz vor der ausländischen Konkurrenz wäre der zweifelhafteste Ansporn für die Agrarier, eine Verbesserung ihrer Produktionsmittel vorzunehmen, denn dann hätten sie es umso weniger „nötig“, Verbesserungen in den Arbeitsmethoden herbeizuführen, die Zölle würden ihnen auch ohne solche reiche Erträge sichern. Die Behauptung dagegen von der drohenden Schädigung der Kaufkraft der Agrarier kommt bei ihnen ein wenig überraschend, waren es doch ihre Vertreter im Parlamente, welche für die gewaltsame Kürzung der Staatsangestelltenbezüge eintraten und diese sogar damit begründet ließen, daß die dadurch gesunkene Kaufkraft der Staatsangestellten ein Ueberangebot und somit auch eine Herabsetzung der Preise der Waren bewirken würden! Wenn dies auch eine verlogene Behauptung war, so ist es nur umso erstaunlicher, wenn die agrarischen Abgeordneten, um die Zölle volkswirtschaftlich berechtigt erscheinen zu lassen, jetzt das gerade Gegenteil behaupten.

Alle noch so ausgeklügelten Gründe der Agrarier können über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß es ein beispielloses Verbrechen am Volke ist, was sie planen. Eine Verteuerung des Brotes in dieser Zeit der drückendsten Not und Unterernährung weiter proletarischer Schichten müßte zu Ausbrüchen der Verzweiflung der von der Krise ohnehin schwer heimgegriffenen und gemarterten Menschen führen. Die Verantwortlichen im Staate können nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, der Galt der Agrarier die Ruhe im Staate aufzuopfern!

Den Auszug der Note, den das Wolff-Patro verbreitet, ist auf einen weniger scharfen Ton gestimmt und bringt die Abschriften über die passive Resistenz und die Geldzahlungen genauer, indem er berichtet:

„Die deutsche Regierung behauptet, daß die Bevölkerung mit einem passiven Widerstand auf die Befehle des Ruhrgebietes geantwortet habe. Nichts ist weniger richtig: Es ist nicht die Bevölkerung, sondern die deutsche Regierung, die den Widerstand gewollt und organisiert hat. Die belgische und die französische Regierung können keine deutschen Vorschläge in Berücksichtigung ziehen, solange dieser Widerstand fortgesetzt wird. Das Angebot von dreißig Milliarden, das die deutsche Regierung gemacht hat, enthält übrigens nach einem von der deutschen Regierung gebrauchten Ausdruck eine gewisse „Elastizität“, deren Willkür und Gefahr man nicht nötig habe anzudeuten. Die Zahlen, die angeboten wurden, würden nach der deutschen Regierung ein Maximum bilden und es würde Deutschland leicht fallen, sie wieder zur Diskussion zu stellen, bevor sie Wirklichkeit geworden sind. Diese ungenauen Vorschläge sind übrigens von Vorbehalten begleitet, die gestatten würden, in einigen Monaten wieder alles in Frage zu stellen. Die deutsche Regierung garantiert nicht einmal, daß die geringe Summe, die sie ins Auge faßt, tatsächlich an dem genannten Datum bezahlt wird.“

Die Regierungen von Paris und Brüssel sind den Herren Cuno und Rosenberg getreulich auf ihren Worten nachgefolgt, ja, sie überbieten sie noch an Ungleichförmigkeit und in der Kunst, andere vor den Kopf zu stoßen. So wie die deutsche Note das viele Positive, das sie brachte, durch den Ton unwirksam machte und ein „unannehmbar“ auch in Kreisen provozierte, die einer europäischen Verständigung durchaus wohlwollend gegenüberstehen, genau so mimen Poincare und Theunis den starken Mann, weil sie des Beifalles ihrer Nationalisten innerpolitisch nicht entbehren zu können glauben, und bezahlen dieses Streben mit den bittersten Gefühlen, die sie in London auslösen. Den Chauvinisten zu Gefallen zu handeln, ist eben für jede Regierung ein verhängnisvolles Unternehmen. Die jüngste Antwort Poincares, die mit einer durchsichtigen Ausrede motiviert, eine gemeinsame Beratung aller Ententegegnossen hintertrieb, trägt ihm bei den Gemäßigten die Erkenntnis ein, daß Frankreich mit dem Ruhrabenteuer doch politische Ziele verfolge, und sie wird ihm den ferneren zweifelhaften Gewinn bringen, daß sich England und Italien diese offensichtliche Brückensicherung nicht stillschweigend werden gefallen lassen. Die öffentliche Meinung dieser beiden Staaten hat sich darauf geeinigt, daß das deutsche Angebot trotz all seiner Mängel den Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen bilden könne, und so werden Curzon und Mussolini die jochlichen Einwände, die Poincare gegen Cunos Vorschläge vorbringt, wohl dazu benützen, um Deutschland zu weiteren Neußerungen zu veranlassen und so den einmal angeponnenen Faden der Verhandlungen weiter zu spinnen. Denn darüber kann trotz aller übertrüglichen Worte der Paris-Brüsseler Antwort kein Zweifel bestehen, daß sie die Diskussion nicht abbricht, sondern deutliche Aufklärungen zuläßt, ja herausfordert. Dies und der von Lord Curzon, wie sehr er auch schwankt und zaudert, betonte Standpunkt, daß England sich eine einseitige Lösung des Reparationsproblems durch Frankreichs Gewaltpolitik nicht bieten zu lassen gewillt sei, lassen Deutschland den Weg zu weiterem aktiven Handeln offen. Und die Not der Welt verlangt gebieterisch, daß es ihn auch gehe. Wollen Cuno und Rosenberg das Gebot der Stunde nicht hören, müssen sie eben weichen. Unsere deutschen Genossen lassen jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß sie einen Abbruch der Diskussion, solange sie sich irgendwie mit der Ehre des Volkes vertrage, nicht zulassen, weil er dem deutschen Proletariat unfähiges Elend bringen müßte. Und daß Frankreich dann dasselbe Elend erwartet, vermag niemand zu trösten.

Eines Deutschgelben Umwälzung der Wissenschaft.

Es ist ein Beweis für die Sieghaftigkeit der sozialistischen Idee, daß auch Parteien, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehen, sich oft in ein sozialistisches Kostüm hüllen, und Anhänger dadurch gewinnen wollen, daß sie ihrem Namen das Wortchen „sozial“ oder „sozialistisch“ hinzufügen. In der Vorkriegszeit konnte man dies im größten Maßstabe in Frankreich beobachten, wo mehrere bürgerliche Parteien sich auf diese Weise gegen die von Jaures geführte immer stärker werdende französische Sozialdemokratie zu behaupten suchten, und wo eine der bürgerlichen Parteien, die der französischen Republik mehrere Ministerpräsidenten gestellt hat, sich sogar sozialistisch-radikale Partei nennt, obwohl ihr Programm mit Sozialismus gar nichts zu tun hat. Nach dem Kriege erleben wir es nun, daß sich sogar die Reaktion, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Klassenbewussten Arbeiterbewegung, also des Sozialismus erblickt, ein sozialistisches Mäntelchen umhängt. Im Namen eines angeblichen Sozialismus wird der schärfste Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt!

Auch die Kampagne des Münchner Herrn Dittler und deren tschechoslowakischen Ableger, die Parteigänger der Herren Knirsch und Jung, nennen sich Nationalsozialisten. Ihren wüsten Nationalismus, der in dem ersten Teil ihres Namens zum Ausdruck kommt, brauchen sie der Welt nicht erst zu erklären, aber da ihnen ihrem Sozialismus nicht jeder glaubt, finden sie es für nötig, ihre „Wirtschaftsgrundsätze“ in einem Artikel des langen und breiten anscheinend zusehen, der gegenwärtig die Runde durch die nationalsozialistische deutsche Presse macht und der auf einen Wanderungen nun endlich im „Tag“, der Tager Ausgabe des „Miesbacher Anzeigers“, gelangt ist. So wie die Kommunisten ihre ganze Weisheit gratis aus Moskau beziehen, so haben die deutschen Reden des Herrn Knirsch ihre Lieferanten für nationalsozialistische Wissenschaft in dem Nest der deutschen Reaktion, in München, gefunden. Gottfried Feder benamete sich der jedergewandte „Theoretiker“ der Hitlergardien und ihrer Bewunderer in Dux und Umebung.

Im Anfang war das Chaos, denkt sich der nationalsozialistische Mann der Wissenschaft und erörtert daher in den verschwommensten Ausdrücken um alle ökonomischen Probleme herum, was den Vorteil hat, daß sich jeder dabei denken kann, was er will und nehmen kann, was ihm beliebt, damit die nationalsozialistische Partei nur recht viel Anhänger gewinne. Jedem das Seine. Das bedeutet Nationalsozialismus. Jetzt sind wir endlich klug geworden! Was soll das alte ateinische Sprichwort besagen? Stinnes ist an Unternehmungen beteiligt, in denen 600.000 Arbeiter beschäftigt sind, welche für ihn jährlich Milliardenwerte schaffen. Diese sind ebenso „das Seine“, wie der Handrat, der das einzige Eigentum des Proletariats ist, der sein ganzes Leben lang hart arbeitet. Von derselben Art ist des Verfassers Behauptung, die nationalsozialistische Partei verkörpere „die deutsche Freiheitsbewegung“. Welche Freiheit wohl der nationalsozialistische Gelehrte meint? Etwa die Freiheit vor Ausbeutung oder die Freiheit, Sozialdemokraten zu verprügeln oder tot zu schlagen? Die Beantwortung wird dem Leser überlassen, der sich einfach die Freiheit ausdenken kann, die ihm in den Kram paßt. Wahrhaftig, ergötzt ist die Wissenschaft des Herrn Feder nicht und zur Verneuerung der Erkenntnis seiner wissenschaftlichen Nebenmenschen trägt er nicht bei.

Dagegen erfahren wir schon etwas mehr, wenn der nationalsozialistische Schriftsteller vom Privateigentum spricht. Man sollte meinen, daß die Stellung eines Sozialisten zum Privateigentum (versteht sich an Produktionsmitteln) gegeben ist und daß jeder Sozialist die Ver-

Die Grundsätze der neuen Internationale.

Eine Rede Crispiums.

Berlin, 7. Mai. (Eigenbericht.) In einer Vorstandssitzung der Berliner Parteiorganisation sprach gestern Genosse Crispium über die Grundsätze, nach denen die neue Internationale in Hamburg gebildet werden soll. Ein Hauptgrundsatz werde sein, daß die neue Internationale von allen Parteien als höchste Instanz in nationalen Fragen anerkannt werden müsse. Die Beschlüsse

der Internationale würden für alle Parteien unbedingt bindend sein. Frühere Beschlüsse der Internationale können nur noch als Gutachten gewertet werden, da es sich um den Aufbau einer vollständig neuen Organisation handle. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Berliner Organisation entsendet drei Delegierte nach Hamburg.

Wieder kommunistische Standalenzen im preussischen Landtag.

Berlin, 7. Mai. (Eigenbericht.) Zu Beginn der Sitzung des preussischen Landtages beantragten die kommunistischen Abgeordneten die dringliche Beratung ihres Antrages auf sofortige Aufhebung der Ausschließung des Abgeordneten May. Dabei kam es wieder zu erregten Szenen und der Antrag wurde schließlich abgelehnt. Immer wieder erhoben die kommunistischen Abgeordneten einen ohrenbetäubenden Lärm. Der kommunistische Abgeordnete Paul Hoffmann wurde schließlich vom Präsidenten als Anführer der Standalenzen von der Sitzung ausgeschlossen, weigerte sich aber, den Saal zu verlassen. Nach weiteren Standalenzen schloß der Präsident die Sitzung und ließ den Abg. Hoffmann von Kriminalbeamten aus dem Saal entfernen. Nach wiederholten Unterbrechungen wurde die Sitzung fortgesetzt, nachdem noch weitere Kommunisten aus dem Saal entfernt worden waren. Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß der Welt dieses Schauspiel geboten wurde. Betont muß werden, daß die Kommunisten allein die Schuld daran tragen, da sie sich rücksichtslos über alle parlamentarischen Pflichten und Bräuche hinwegsetzen.

„S. u. r. e. r. u. n. g.“ im Heerbann Mussolinis.

Mailand, 7. Mai. Die Chronik der letzten Tage war mit Zwistigkeiten, Polemiken und Standalen unter den faschistischen Faktoren angefüllt. Der „Popolo d'Italia“ sagt, die faschistischen Massen seien zwar diszipliniert und der Sache ergeben, es beständen aber endlose Zwistigkeiten zwischen den zweiklassigen führenden Elementen. Die faschistische Partei könnte moralisch sinken, während die Regierung Mussolinis immer größere Sympathien gewinnt. Es sei an der Zeit, diesem Zustande ein Ende zu machen. Seit drei Monaten zeigen gerade die Faschisten nahezu täglich Disziplinlosigkeit und stürzen, wiewohl die Zahl der Störer nicht groß ist, das Leben der Nation. Wer nicht auf der Höhe der Zeit steht, werde beseitigt, die Partei müsse rechtzeitig und energisch gesäubert werden. Mussolini habe den Vollzugsbefehl der faschistischen Partei bereits darauf aufmerksam gemacht, gegen die Störer der Disziplin einzuschreiten.

wandlung des Privateigentums in Gemeineigentum anstrebt, damit der Besitz an Produktionsmitteln einem einzelnen Menschen nicht mehr die Möglichkeit bietet, Tausende seiner Mitmenschen auszubeuten und sie von allen Genüssen der Kultur fernzuhalten. Weit gefehlt! Herr Feder entweicht, daß das Privateigentum eine höchst nützliche Sache ist, daß der Kampf gegen das Privateigentum nur in einem jüdischen Sinne, nämlich in dem Karl Marxens, entstehen konnte und daß eine solche Lehre dem „Volksempfinden widerstrebt“. Wie kommt denn ein Mensch dazu, der sich ehrlich und redlich geschunden hat, das Erworbene herzugeben, so fragt tiefgründig der nationalsozialistische „Wissenschaftler“. Vermögen, die „der landwirtschaftlichen oder industriellen Produktion dienen, auch wenn es sich um Werte größten Umfanges handelt, werden vom Nationalsozialisten nicht als den Interessen der Gemeinschaft zuwiderlaufend bekämpft“. Bekämpft wird nur „mit aller Schärfe“ der „Ueberkapitalismus“. Was diese neueste Theorie für einen Zweck hat, liegt auf der Hand. Stinnes, der gute Freund der Nationalsozialisten, ist zwar einer der größten Kapitalisten, kann aber von der Hitlerpartei nicht bekämpft werden, weil diese, wie bereits nachgewiesen wurde, von den deutschen Industriellen Geld bezieht. Ebenso sind die Kandidaten der Hitlerpartei bei den Wahlen in die Nationalversammlung mit den Vertretern des Industriekapitals auf einer Liste gestanden und daher auch mit deren Geld gewählt worden. Es muß also eine Theorie gefunden werden — so lautet das Problem für diese sonderbare Sorte von Sozialisten —, damit man von einzelnen Kapitalisten ruhig weiter Geld nehmen und doch andere Kapitalisten bekämpfen kann, weil der äußerliche Kampf gegen den Kapitalismus ein Agitationsmittel für diese urreaktionäre Partei ist. Der Blutsauger ist nach nationalsozialistischer Auf-

fassung nicht das Industrie- und Handelskapital, sondern das Finanzkapital, die Banken, und darum ist die „Brechung der Zinsnechtigkeit“ das Allheilmittel, womit die Nationalsozialisten die Schäden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung beseitigen wollen. Der Kampf gegen das Finanzkapital ist auch der Kampf gegen das Judentum, so glauben die Nationalsozialisten zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen.

Abgesehen davon, daß, wie gerade an der tschechoslowakischen Republik festgestellt werden kann, das Finanzkapital ebenso interkonfessionell ist wie das Handels- und Industriekapital — die größte Bank in der Tschechoslowakei, die förmlich die Diktatur über die anderen Banken und die gesamte Volkswirtschaft an sich gerissen hat, die Zinnsienka banka ist eine jüdenreine Bank, andere Banken sind mit englischem und belgischem ebenfalls jüdenreinem Kapital verflochten — geht die nationalsozialistische Ansicht, daß das Kapital der einzige Repräsentant des Kapitalismus ist, aus einer völligen Verleugnung des Wesens der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hervor. Alle im Kapitalismus geschaffenen Werte werden von den Arbeitern erzeugt, ein Teil dieser Werte ist eben der Mehrwert, der den Kapitalisten zufällt. Dieser Mehrwert kann nun verschiedene Gestalt annehmen, er ist industrieller Profit ebenso wie der Gewinn des kaufmännischen Kapitalisten und ebenso wie der Zins, den der Grundbesitzer oder der Geldverleiher nimmt. Daß im hochentwickelten Kapitalismus alle Werte mobilisiert werden und so auch der Mehrwert durch Bargeld oder Effekten dargestellt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Und wenn der Verleiher des „wissenschaftlichen“ Artikels im „Tag“ als Beweis für seine Behauptung anführt, daß die wichtige Funktion des heutigen Staates das Eintreiben von Steuern ist, so laßt ihn schon jedes Kind aus. Die Staatsverwaltung bedarf

eben zu ihrem Unterhalt gewisser Mittel, die sie nur der Volkswirtschaft entnehmen kann. Das Zahlen von Steuern bedeutet den Uebergang von Werten aus der Volks- in die Staatswirtschaft. Daß dies in Form Geldes geschieht, ist die notwendige Folge davon, daß wir nicht mehr in einer naturalwirtschaftlichen Gesellschaftsform leben, in der man einen Rod gegen ein paar Schuhe getauscht hat, sondern in der Geldwirtschaft, wo das Geld der alleinige Gradmesser des Wertes geworden ist. Aber das Wesen des Kapitalismus besteht nicht in der Geldwirtschaft, sondern vielmehr darin, daß der Kapitalismus eine Mehrwertwirtschaft ist, in der die arbeitenden Menschen, die von ihnen erzeugten Werte nicht für sich behalten, sondern einen Teil an die Eigentümer der Produktionsmittel abgeben müssen, wenn auch die Geldzeichen abgefaßt wurden, die Mehrwertwirtschaft bleibe. Die Heißlehre der Nationalsozialisten, daß mit der Abschaffung des Geldes alle Schäden der kapitalistischen Ordnung mit einem Schlage verschwinden, kann also nur die Theorie von Ignoranten sein.

Der Grund dafür, daß die Nationalökonomie der Herren Hittler und Knirsch auf so schwachen Füßen steht, liegt jedoch nicht so sehr darin, daß diese Herrschaften von den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung nicht die geringste Ahnung haben, sondern ist vielmehr darin zu suchen, daß die Nationalsozialisten nur einen Zweck haben: Bekämpfung der Klassenbewussten Arbeiterbewegung. Das muß auch Herr Feder eingestehen, indem er sagt, daß der Nationalsozialist „in allen grundsätzlichen Fragen das gerade Gegenteil nicht nur der politischen, sondern ebenso sehr der wirtschaftlichen Grundvorstellungen des marxistischen Sozialismus vertritt“. Und er muß es, weil ihn seine Aufrichtigkeit, die reaktionären Bourgeois, die um ihren Geldsack bauen, nicht brauchen könnten.

Wie alle Segner der Sozialdemokratie, der unerfährten wissenschaftlichen Grundlage der sozialdemokratischen Politik, stellen auch die Nationalsozialisten die Behauptung auf, daß sie im Besitz des „wahren“ und „echten“ Sozialismus sind, während die Sozialdemokraten einem Irrglauben anhängen. Auch das ist keine neue Melodie. Schon Marx und Engels haben in dem 1847, also vor 76 Jahren, geschriebenen „Kommunistischen Manifest“ den sogenannten „deutschen“ oder „wahren“ Sozialismus, dessen Repräsentanten denn doch noch ganz andere Männer waren als die Hittler und Kumpanei verpörrt und fagen von ihm: „Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht desselben einen verborgenen, höheren sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegenteil bedeutete. Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die „rohbestraufte“ Mischung des Kommunismus (lies Sozialismus!) D. Red.) auftrat und seine unparteiische Erblichkeit über alle Klassenkämpfe verkündete.“ er Klassenkampf, das wachsende Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft ist es, was die Kreise des Burgertums stört. Deshalb trat der wahre Sozialismus der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts gegen den Massenkampf auf und deshalb verwirft ihn auch Herr Feder, der der Ansicht ist, daß Arbeiterschaft und Unternehmertum im „Produktionsprozeß zusammengehören“. Und das ist in Wahrheit die Funktion der nationalsozialistischen Bewegung: Die Verbreitung der Lehre, daß Arbeiter und Unternehmer zusammengehören, die Vertretung der Interessen der Unternehmer. Und so bleiben die deutschen Nationalsozialisten trotz aller Theorie was sie gewesen sind: Gelbe, die im Kampfe um die Emanzipation des Proletariats, dem größten Teil der Menschheit in seinem Kampfe um einen Anteil an der materiellen und geistigen Kultur dieser Welt in den Rücken fallen.

Der Alte.

Von Martin Keleti.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

Die Frau ging in die Küche, setzte sich und begann vor Wut zu weinen. Nein, das war nicht länger zu ertragen. Daß der gefräßige Alte ihnen, den Erwachsenen, alles fortzunehm, darüber hätte man schließlich noch hinwegkommen können. Aber daß dieser alte, gefräßige Bluteigel auch die für das kranke kleine Mädchen bestimmte Milch austrank, das war zu viel, war entsetzlich. Nun brach aus ihr die viele Bitterkeit hervor, und Tränen überfluteten ihr Gesicht. Man hat wahrlich ohnehin so viel Ungemach. Am Abend freut man sich, daß wieder ein Tag um ist, und am Morgen hat man vor den kommenden vierundzwanzig Stunden Angst. Was wird der neue Tag bringen? Daß etwas Gutes komme, braucht man nicht zu befürchten. Das Gute hat sich so gründlich verborgen, daß es vielleicht nie wieder hervorkommt. Die Auflosigkeit der Menschen hat es vertrieben. Und hat das Schlichte hervorgeholt, das macht sich jetzt überall breit und will nicht weichen. Das Schlichte ist stärker, als das Gute. Wie wird dieses mühsame, jammervolle Leben enden? — dachte die Frau. — Sie fühlt schon seit einer geraumen Zeit, daß sie sich nur noch mit schlimmschwerer Mühe zu schleppen vermag. Plötzlich beginnt sie jeder Knochen zu schmerzen, so unerträglich, daß sie kaum weiß, was sie tut.

Das Husten des alten Mannes drang in die Küche. Jetzt liest er die Zeitung. Er pöfft das Zimmer voll und schert sich nicht darum, daß drinnen das kleine Kind schläft. Ihr Mann arbeitet bereits seit Stunden, die Kinder sind zur Schule gegangen, im ganzen Haus hat die Tagesarbeit begonnen, nur der Alte liegt noch immer im Bett, als bedeute das Leben für ihn nichts anderes, als ein ewiges Faulenzen.

Stets hatte er es so gehalten. Sie entzinkt sich gut, auch ihre Mutter hatte allabendlich so in der Küche gefessen, gesenkt Hauptes, still vor sich hinweindend.

Was beweinte sie? Ihr Leben? Würde sie gefragt, so lautete die Antwort: „Laßt mich in Ruhe, der Kopf schmerzt mich.“

Als die Frau heranwuchs, erfuhr sie, daß ihre Mutter nicht deshalb geweint habe. Der Vater hoßte im Wirtshaus, rauchte die Pfeife, trank. Er war Tagelöhner in einer Fabrik, sie hatten auch dort ihre Wohnung, und es ging ihnen leidlich. Der Vater bekam von den Herren viel Trinkgeld, gab aber alles für sich aus. Er sah sehr gerne Fleisch, trank sehr gerne Wein, rauchte sehr gerne Zigarren. Bisweilen spielte er auch Karten. Die Mutter aber sah daheim, flüchte die zerrissenen kleinen Kleider, war eine stille Frau. Duldete und litt ohne ein Wort. Vielleicht war dies das Unglück. Würde sie Lärm geschlagen, geschimpft haben, vielleicht hätte sich da auch der Vater eingeschränkt. So aber wurde er zu einem Herrn. Hand im Wirtshaus seine Gesellschaft und vertrat sein Geld.

Die Mutter begehrte nur dann auf, wenn die Kinder etwas brauchten. Doch verlegte sie sich

auch in solchen Fällen aufs Bitten, statt zu fordern.

Die Mutter starb, der Alte wurde vor die Tür gesetzt. Er bezog ein kleines Gnabengehalt und kam zu ihnen. Ihrem Mann gefiel die Sache nicht recht. Sie mußten ihm den Divan geben, und nun müssen die beiden größeren Kinder in der Küche schlafen. Wenn sie des Nachts hört, wie sie sich hin- und herwälzen, schmerzt sie das Herz um die Kinder. Denn die Armen liegen gar unbequem auf den Fliesen. Einmal kam das größere mit gellendem Schrei ins Zimmer gelaufen. Eine Maus war ihnen übers Gesicht gerannt.

Die Natur des Vaters änderte sich auch mit dem Alter nicht. Sein Appetit war besser denn je. Man konnte vor ihm nichts verstecken. Er spürte alles auf, verschlang alles. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als das, was sie verstecken wollten, in die Nachbarschaft zu tragen.

Die Frau stand auf, um ihrer Arbeit nachzugehen. Sie muß einkaufen. Sie suchte ihre Geldbörse hervor, legte das abgegriffene Papiergeld nebeneinander, versuchte auszurechnen, wieviel sie brauche, doch langte wieder einmal das Geld nicht.

Sie seufzte.

Daran ist nichts zu ändern. Ihr Mann schufte sich zutode, sie selbst wächst für die Hausleute, und trotzdem finden sie ihr Auskommen nicht. Zwei Tischtücher hat sie schon verkaufen müssen, und nun kommt allmählich an das Uebrige die Reihe. Der Schrank wird leer, die Truhe wird leer, alles, alles wird leer. Schwand

dahin, wie wenn auf den Schnee die Sonne niederscheint. Da bleibt nichts anderes übrig, als eine große, schwarze Fäule.

Die Nachbarin kam. Eine verhubelte alte Frau mit runzeligem Gesicht, aber blühenden Augen und raschen Bewegungen. In der Hand hielt sie ein Töpfchen.

„Ich brachte der kleinen Kranken ein bißchen Milch“ — sprach sie und stellte das Töpfchen auf den Tisch.

„Und auch ein Stückchen Kuchen brachte ich“ — fuhr sie fort. Die Frau dankte.

„Geben Sie acht, daß der alte Bluteigel es nicht auffrischt!“

Die Frau machte eine hoffnungslose Gebärde. Sie schämte sich dieser Sachen nicht mehr. Kimmerte sich einfach nicht darum. Ging doch der Alte jetzt bereits in die Nachbarschaft und verschlang auch dort, was er fand. Sie plauderten.

Aus der alten Frau sprudelten die Worte hervor. Sie sürzte jedermann, schimpfte auf die Nachbarn, den Hausferrn, den Hausmeister, und begann dann über die Teuerung zu reden. Die Frau antwortete ihr nicht. Hatte sie doch die Alte nur deshalb aufgeschudt, weil sie mit allen übrigen zerankt war und zeigen wollte, daß sie nicht so übel sei, wie ihr Leumund.

Ein gemeingefährliches Geschöpf, das nach jedem Schnapst. Wenn sie spricht, reißt sie weit die Augen auf, ihre Adern schwellen an, ihr ganzer Körper ist in Bewegung.

Die Frau freute sich sehr, als sich die alte Bettel endlich entfernt hatte. Auch ihr Kopf be-

Inland.

Gemeindevahlen. Am Sonntag haben in Kolican bei Pilsen Gemeindevahlen stattgefunden, die ein Ergebnis aufzuweisen hatten, das sich von den letzten in tschechischen Gebiete sich zeigenden Gemeindevahlergebnissen wesentlich unterscheidet. Die tschechischen Sozialdemokraten erhielten 839 Stimmen (im Jahre 1919 1425 Stimmen) und acht Mandate, die Kommunisten 650 Stimmen und sechs Mandate, die tschechischen Sozialisten 655 Stimmen (825 Stimmen) und sechs Mandate, die Nationaldemokraten 867 Stimmen (884 Stimmen) und neun Mandate, die politischen Gewerbetreibenden 373 Stimmen (120 Stimmen) und vier Mandate, die Agrarier 236 Stimmen und zwei Mandate, die Merkanten 166 Stimmen (109 Stimmen) und ein Mandat. An dem Ergebnis ist vor allem beachtenswert, daß die sozialistischen Parteien gegenüber den bürgerlichen keinen besonders großen Rückgang der Stimmen zu verzeichnen haben und daß bei den tschechischen Merkanten nur ein ganz geringes Anwachsen zu konstatieren ist. — Bei den ebenfalls am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in Dobruwiz bei Böhmischem Brod erhielten die tschechischen Sozialdemokraten 103 Stimmen und sieben Mandate, die tschechischen Agrarier 50 Stimmen und drei Mandate und eine Liste der „Unorganisierten“ 30 Stimmen und zwei Mandate. — Nächsten Sonntag finden Gemeindevahlen in Beraun statt, zu denen die tschechischen bürgerlichen Parteien aller Schattierungen eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt haben, während die tschechischen sozialistischen Parteien gesondert kandidieren.

Das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses. Der samstägige Ministerrat befaßte sich mit der Ausarbeitung des Arbeitsprogrammes des Abgeordnetenhauses und des Senats. Er sprach seine Zustimmung zum Vorschlag der Koalitionsparteien auf Restringierung des Frühjahrsprogrammes des Parlamentes aus. Es wurde beschlossen, das Abgeordnetenhaus am 15., längstens aber am 20. Mai auf Ferien gehen zu lassen. Der Senat wird jedoch auch nach dieser Zeit noch einige Sitzungen halten, um die vom Abgeordnetenhaus erledigten Vorlagen zu beraten. Dem Senat wird auch, um die Arbeiten des Abgeordnetenhauses zu erleichtern, den von den tschechischen Nationalsozialisten eingebrachten Gesetzentwurf über die Baupflicht zugehen. Das Abgeordnetenhaus soll nur das Allerdingste erledigen. Die Sozialversicherungsvorlage soll bereits zur heutigen Sitzung vorgelegt werden und ohne Rücksicht auf die Sommerferien so verhandelt werden, daß sie am 1. Jänner 1924 in Gültigkeit tritt. Die sozialpolitische Petition hat ihre Zustimmung zum Regierungsantrag über die bezahlten Arbeiterurlaube gegeben, hat aber ein Inkritium dieser Vorlage mit der Vorlage über die Regelung der Kirchenkongregationen geschaffen, welche bekanntlich noch Gegenstand der Verhandlungen im Unterrichtsministerium bildet. Gegen dieses Inkritium macht sich aber eine starke Strömung in der tschechischen sozialistischen Partei geltend, die verlangt, daß dieses Gesetz auf jeden Fall sofort in Verhandlung gezogen werde. Sicher ist, daß die nächste Woche dem Abgeordnetenhaus harte Arbeit bringen wird: es besteht die Absicht, die ganze Woche hindurch täglich ganztägig, um zehn Uhr vormittags beginnende Sitzungen abzuhalten.

Novellisierung der Gewerbeordnung. Die Regierung bereitet eine Novelle zur Gewerbeordnung vor, nach der die Wahlen in die Gewerbelörperschaften auf Grundlage des Verhältniswahlrechts stattfinden sollen.

Die tschechischen sozialistischen Parteien und Foch. Ueber die Haltung der tschechischen Sozialdemokraten anlässlich des Besuchs Fochs konstatiert das „Pravo Lidu“: „Unsere Arbeiterturnvereine beteiligen sich nicht an der Begrüßung des Generals Foch, des Ehrenprotectors des tschechischen Turnkongresses. Auch unsere Par-

gann zu schmerzen. Ich werde heute einen schlechten Tag haben — dachte sie. Dann ging sie in die Stube, um nach dem kleinen Mädchen zu sehen. Das blasse, megere Kind schlummerte leise atmend. Auch der alte Mann lag noch im Bett, las die Zeitung. Sie richtete das Kissen des Kindes.

„Ich geh fort“ — sprach sie zu dem alten Manne — „komm, schließe die Tür ab.“

Der Alte räfelte sich empor:

„Gib mir das Rasiermesser, ich will mich rasieren.“

Sie gab es ihm.

Zerstrent legte sie die Treppe nieder. Sie wußte, daß ihr Geld nicht langen werde, wußte aber nicht, wie sich zu helfen. Sie war schier betäubt, da sie die Markthalle betrat. Der Anblick der vielen Eier, der großen Mengen von Grünzeug und sonstigen Lebensmitteln verwirrte sie.

Jemand sprach sie an: „Ach, wie gut, daß ich Sie treffe, ich schulde Ihnen noch etwas.“ Sie bekam Geld. Es war die Krämerin, bei der sie zu arbeiten pflegte.

Es beginnt ja ganz gut — dachte sie. Jetzt kann sie für die kleine Patientin auch ein Stückchen Kalbfleisch kaufen. Sie kaufte rasch ein. Es blieben ihr noch einige Kronen. Für die hollie sie etwas Obst für das Kindchen. Es fiel ihr ein, daß das kleine Mädchen erwachen könnte und unruhig wäre, wenn es sie nicht sähe. Sie eilte

Die Aufnahme der Note in Berlin.

Stimmung: Fortsetzung der Verständigungsversuche.

Berlin, 7. Mai. (Eigenbericht.) Die Note der französischen und belgischen Regierung ist heute im Wortlaut übermittelt worden. Die Regierung kann sich mit ihr vor morgen nicht beschäftigen, da der Kanzler noch in Freudenstadt weilt. Sobald die Uebersetzung fertiggestellt ist, werden die Reichstagsfraktion die Verhandlungen über die Note beginnen. Die sozialdemokratische Fraktion tritt Dienstag abends zusammen. Sie neigt im Allgemeinen der Auffassung zu, die Antwortnote zur Grundfrage weiterer Verständigungsversuche zu machen.

Der „Vorwärts“ wendet sich scharf gegen die französische Politik, die eine Bedrohung ganz

Europas sei und sagt zusammenfassend, die deutsche Note sei ein vielleicht ungeschickter Versuch, das Verständigungsproblem zu lösen, die französische Note ein sehr geschickter Versuch, es unlösbar zu machen. Die Diskussion werde nun schwerfälliger und langsamer in Gang kommen, als es für die Interessen Europas gut sei.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ mahnt die Regierung, von jeder Prestigepolitik abzusehen, immer zu bedenken, daß Deutschland ein besiegter Staat sei und nach Möglichkeit die Fäden weiterzuknüpfen.

Kein völliger Pessimismus in Berlin.

Berlin, 7. Mai. Die „B. Z. am Mittag“ bemerkt zu der Antwortnote Poincarés, daß zu den einzelnen Punkten der deutschen Note offenbar Mißverständnisse aufgetreten seien, insbesondere betreffend das Angebot von dreißig Milliarden, welche von Deutschland vollständig angeboten worden sind. Die Vorwegnahme der Zinse stelle keine Verminderung der Summe, sondern nur eine Sicherung für die präzise Leistung der Zahlungen während der ersten Jahre der Laufzeit dar. Auch der deutsche Passus „Ausgangspunkt der Verhandlungen“ werde nicht richtig ausgelegt. Der Ausdruck „Ausgangspunkt“ sei nur als ein technischer für den Beginn der Verhandlungen, nicht aber als Vorbedingung zu den Verhandlungen aufzufassen. Das Blatt meint schließlich, daß die Note doch Anlaß zu Verhandlungen geben werde, wenn die noch ausstehenden Antworten aus London und Rom nach dieser Richtung hin zielen.

Enttäuschung in London.

London, 7. Mai. (Woff.) Die Presse gibt ihrer Enttäuschung über die Ablehnung des deutschen Angebotes durch Frankreich und Belgien freien Ausdruck. Die „Times“ schreiben: Vom ersten Augenblicke der Ruhrbesetzung ab sei es vollkommen klar gemacht worden, daß England dadurch, daß es sich abseits halte, weder sein Recht auf Reparationszahlungen, noch sein Interesse an der Zahlung ausgebeug habe. Großbritannien würde vorgeschlagen haben, gemeinsam mit Frankreich und seinen anderen Alliierten zu antworten. Die deutsche Note sei ungenügend sowie in herausfordernden Worten gehalten. Sie könne jedoch zu einer Stufe der Regelung gemacht werden. Deutschland habe angeboten, die Frage sei

ner Gesamtverpflichtungen einem unparteiischen Tribunal zu unterbreiten. Wenn dieses aus den alliierten Hauptmächten bestehen sollte, so werde auch die gesamte Macht der öffentlichen Meinung Englands für die Teilnahme eines deutschen Vertreters an diesen Erörterungen eintreten. Staatssekretär Hughes selbst habe den Gedanken einer Verweisung an ein derartiges Tribunal geäußert und es sei klar genug, daß ganz Europa und vor allem Frankreich, ungeheure Vorteile aus diesem Plane ziehen würde, an dem auch Amerika interessiert ist. Mit oder ohne die Vereinigten Staaten, die Lage erfordert eine gemeinsame Aktion und nicht eine getrennte. Die deutschen Finanzen werden jeden Tag verwickelter; keine Stabilisierung könne stattfinden, ohne Rückkehr zu normalen Verhältnissen und ohne Moratorium. Kein Moratorium könne gewährt werden, wenn nicht eine Art von allierter Kontrolle der deutschen Finanzen von Deutschland angenommen und in Berlin errichtet werde.

Das gelonderte Vorgehen Frankreichs und Belgiens.

London, 8. Mai. (Savas.) Der französische Botschafter legte abends Curzon die Gründe dar, die die Franzosen und Belgier verhindert haben, eine gemeinsame Beratung der Alliierten über eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Note abzuhalten. Dieses Vorgehen konnte nicht eingehalten werden, wenn man Verzögerung beim Austausch der Ansichten begehen wollte. Der schlechte Eindruck, den die deutsche Note in der französischen und belgischen öffentlichen Meinung hervorgerufen habe, zwang dazu, daß die Antwort ohne Verzug erfolge.

bei beteiligt sich an den Begrüßungsfeierlichkeiten nicht, mit Ausnahme vielleicht irgend eines Genossen, der als hoher staatlicher Funktionär seine Pflicht tun wird.“ — Die tschechischen Nationalsozialisten nehmen an den Begrüßungsfeierlichkeiten teil.

Das Schußgesetz arbeitet! Wie der Reichsberger „Vorwärts“ meldet, hat die Staatsanwaltschaft gegen den kommunistischen Kreissekretär von Reichenberg, Gustav Bauer, die Anklage auf Grund des § 15, c (Aufforderung zu einem Mordverbrechen), § 2, a (Vereinigung zu Ausschlägen gegen die Republik) und § 14, c (öffentliche Aufreizung zum Hass) des Schußgesetzes erhoben. Den Tatbestand der Anklage sieht die Staatsanwaltschaft in der Verlesung eines Briefes Clara Zetkins durch Bauer in einer am 18. März stattgefundenen März-Gedenkfeier. Obwohl das Schußgesetz erst am 8. April in Wirksamkeit trat, wird es zur Verfolgung eines „Verbrechens“ herangezogen, das bereits am 18. März begangen wurde. Die Verurteilungen der Arbeiter beginnen also bereits! Das Schußgesetz erfüllt die „hohe“ Aufgabe, die ihm durch die Koalitionsparteien zugebacht ist.

nach Hause. Fühlte sich wohl, weil sie etwas heimbrachte.

In der Küche angelangt, warf sie die Einkaufstasche zu Boden. Begann in ihrer ohnmächtigen Wut zu weinen.

Das Töpfchen war leer. Die Krumen verzieten, daß der Alte auch den Kuchen aufgefressen habe.

Jählings packte sie droffelnde Wut. Nein, das geht so nicht weiter. . .

Sie stürzte in die Stube.

Der Alte lag auf dem Divan, sein Mund bewegte sich, er stocherte sich mit der Zunge zwischen den Zähnen.

„Weshalb habt Ihr wieder alles aufgefressen . . . es gehörte für das Kind . . . Schämt Ihr Euch denn nicht? . . .“ — sagte sie.

Der Alte fuhr vom Divan auf.

„Du . . . du . . . Schwein . . . Gönnt es deinem alten Vater nicht? . . . Hab ich dich deshalb großgezogen? . . .“ — und er schlug nach der Frau.

Die Frau fühlte, daß etwas unförmlich Warnes sie überflute. Sie sah nur die glänzende Klinge des Rasiermessers . . . griff danach . . . und aus des alten Mannes Hals schoß in einem wilden Strahl das Blut hervor. . .

Das Kind schrie. Die Frau sank auf einen Stuhl, lenkte den Kopf und brach in qualvolles, würgendes Schluchzen aus.

Von der polnischen Sozialdemokratie. Die polnische sozialistische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik veranstaltet am Freitag, Samstag und Sonntag vier Versammlungen im Teschner Gebiet, in denen der Warschauer Abgeordnete Biniszkiewicz über die internationale Situation und die Aufgaben des Samburgiger Kongresses sprach. Die gegenwärtige Konstellation der Staaten Mitteleuropas erklärte der Redner für eine Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung und verwies darauf, daß unter die ernstesten Fragen der mitteleuropäischen Staaten die Minderheitsprobleme gehören. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Samburgiger sozialistischen Kongreß gelingen werde, eine solche Lösung des Minderheitsproblems zu finden, welche gleichzeitig Staaten und Minderheiten befriedigt.

Tagungen der ungarischen bürgerlichen Parteien. Wie aus Ungarn, den 6. Mai, berichtet wird, hielt dort am Samstag der Präsidialausschuß der ungarischen Oppositionsparteien in der Slowakei und in Karpathenland eine Versammlung ab. Dr. Petrogali erstattete Bericht über die Tätigkeit des Londoner Büros der ungarischen Oppositionsparteien, worauf die Gemeindevahlen in Erörterung gezogen wurden. Der Hauptausschuß erteilt eine Aufforderung an sämtliche ungarischen Parteien, sofort mit den Organisationsarbeiten zu beginnen und sich mit den Wahlgesetzen und Verordnungen vertraut zu machen. In jenen Gemeinden, in welchen außer den ungarischen Parteien, auch andere Parteien Kandidaten aufstellen werden, werden die ungarischen Parteien auf Grund eines Einvernehmens eine einheitliche Kandidatenliste aufstellen. Eine weitere Besprechung wurde der Sprachenfrage, dem in Prag erscheinenden ungarischen Blatt und der Autonomie der Advokatenkammer gewidmet. Der Verband wird sich an die Prager und die Brüner Advokatenkammer wenden, damit sie sich für eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes einsetzen. Am 4. Uhr nachmittags fand eine Sitzung des Verwaltungsausschusses der ungarischen Oppositionsparteien statt, in welcher Abg. Dr. Köröndy aus Eöcs über die politische Lage sprach. Hierauf wurden der Bericht des Sekretärs und die Anträge, über welche vormittags verhandelt worden war, vorgelegt. Während des Referates Dr. Fleischmanns war der Regierungskommissär genötigt, gegen den Redner einzuschreiten. In Anwesenheit der entlassenen Beamten wurde beschlossen, dieselbe dem gerichtlichen Verfahren zu überweisen. — In Munkacs fand tags darauf der Kongreß der ungarischen Oppositionsparteien in Karpathenland statt, der eigentlich nicht als Kongreß, sondern eher als Volksversammlung zu bezeichnen ist. An dem

Kongresse nahmen insgesamt 800 Personen, davon etwa 600 aus Munkacs, teil. In der Versammlung wurden verschiedene wirtschaftliche, kulturelle und politische Fragen erörtert und bereits bekannte Angelegenheiten und Beschwerden vorgebracht. Die eingebrachte Resolution umfaßt folgende Punkte: 1. wird die endgültige Regelung der Grenzen Karpathenlands gefordert, welche die Interessen der Bevölkerung nachdrücklich schützen würden. 2. Die Autonomie und die Wahlen in den Sejm, welcher die Abgeordneten und Senatoren in die Prager Nationalversammlung entsenden soll; 3. wurde die Zustimmung zu den Reden der einzelnen Referenten ausgesprochen; 4. wurde ein Protest gegen das antimagyarische Wahlsystem erhoben. Bezüglich der Politik der magyarischen Parteien wurden folgende zwei Punkte angenommen: 1. Die Versammlung billigt das bisherige Vorgehen der magyarischen politischen Parteien, sprach den Führern das Vertrauen und den Dank für ihre Tätigkeit aus und muntert sie zur weiteren Führung des politischen Kampfes auf, 2. wurde beschlossen, daß der Verband der magyarischen Oppositionsparteien bei den Wahlen mit einer einheitlichen Kandidatenliste auftreten soll.

Ausland.

Ronarchistenkundgebungen in Deutschland.

Gerade in den kritischsten Tagen, die Deutschland zu durchleben und in denen es zu beweisen hat, daß der „Kriegerische Preußengeist“ erdgültig abgewirtschaftet hat, treiben es die Ronarchisten immer toller, und das auch außerhalb Bayerns, Oberschlesiens u. Dpreußens, wo man an allerlei verbrecherischen Unfug schon gewöhnt ist. So fand am 15. April in der Stettiner Garnisonskirche die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel für die im Weltkrieg Gefallenen statt. Beauftragt wurde die Freier von privaten, offenkundig monarchistischen Vereinen, trotzdem aber kommandierte die Stettiner Militärbehörde die nstlich Reichswehrabteilungen dazu und das Reichswehrministerium gab zu diesem demonstreichen Auftrag feierlich seinen Segen. Die Sache fiel ganz so aus, wie die Veranstalter es sich dachten, der Feldmarschall Mackensen schritt ordnungsgemäß die Front der Truppen ab und der gleichfalls anwesende Prinz und Schieber Eitel Friedrich wurde umjubelt. Nebenbei verließ am 4. Mai eine Guldigungsfeier in Berlin, bei der in der Lichterfelder Reichswehrkaserne Marschall Hindenburg und derselbe Prinz Eitel Friedrich eine Parade der dort stationierten Truppen entgegennahmen. Der „feierliche Akt“ gestaltete sich zu einer förmlichen Demonstration von Kindern, alten Weibern, Gymnasialen und Studenten, Stahlhelme, Orden, Blumensträuße und Rufe „Hoch Hohenzollern! Es lebe der alte Preußengeist!“ beherrschten das Feld. Der Vorgang selbst ist ein Skandal, der Deutschland außenpolitisch aufs schwerste zu kompromittieren geeignet ist, aber noch standalöser ist das Verhalten des Ministers des Geheer. Er brachte den traurigen Mut aus, den Stettiner Aktivism in einer Antwort, die er einer sozialistischen Interpellation zuteil werden ließ, wehrrecht zu rechtfertigen, und auch die Lichterfelder Geschichte findet er ganz in der Ordnung. Ein republikanischer Minister, der die größten monarchistischen Ausschreitungen derart bewußt deckt, ist jedenfalls ein Unikum und hat sich ehlich verdient, zum Tempel hinausgeworfen zu werden.

Die Lausanner Verhandlungen.

Die Berichte von der Lausanner Orientkonferenz deuten sich bis auf einen auffälligen Unterschied so ziemlich nach den Nachrichten über die letzte Tagung. Wie damals, so jetzt, ziehen stündlich andere dunkle Wolken am Horizont empor, um im nächsten Augenblick zerstreut durch andere abgelöst zu werden. Schritt für Schritt weichen die Alliierten bei angeblich nicht mehr zu ändernden Forderungen zurück und nur der Hauptgegner der Türken hat sich geändert: Frankreich, vor kurzem noch Angoras heimlicher Freund, der die Nationalisten im Kampf gegen die Griechen diplomatisch und materiell wirksam unterstützte, sieht sich auf einmal von den Türken in Syrien und in seinem wirtschaftlichen Interessen bedroht; und England, das eben noch unter Pariser Intrigen litt, darf mit einer gewissen Schadenfreude dem Frontwechsel zusehen, wird es doch selbst beträchtlich entlastet. Grund des französisch-türkischen Gegenfahes sind einmal geheimnisvolle Verschiebungen und Anstimmungen der Angoratruppen an der syrischen Grenze, militärische Demonstrationen, die von Ismet Pascha nur mit Scheingründen und Ausflüchten motiviert werden und bei den Kommandanten der französischen Kolonialarmee große Nervosität erzeugen. Noch mehr aber geht den Lausanner Delegierten aus Paris das sogenannte Chester-Abkommen wider den Strich, das einem amerikanischen Konförium Monopolrechte in Anatolien einräumt und Frankreichs Finanzmagnaten mit gutem Grund befürchten läßt, daß sie beim Weitlauf um die Ausbeutung der Mineralöquellen und um große Baufusionen zu spät kommen werden. Die platonische Erklärung der Washingtoner Regierung, sie halte am Grundsatze der „freien Tür“ fest und mißbillige das Vorgehen des amerikanischen Konföriums, kann die Geldherren an der Seine sehr wenig trösten; denn von sich selbst her wissen sie genau, daß kein Kapitalist jemals aus den Händen gibt, was er fest gepackt hat. So wird denn in Lausanne um eine Vertragsbasis gekämpft, die jedem

Streitteil soviel materiellen und politischen Gewinn als möglich abwirft. Vermutlich wird die Angarregierung die älteren, was ihr nicht unerwarteten Vertragsrechte Frankreichs in Anzweifeln dann zum Teil gutheißen, wenn sie dafür innerpolitisch — durch Abbau der Kapitulationsrechte der Ausländer, durch territoriale Vorteile und dgl. — bei den Lauffamer Verhandlungen eine Stellung gewinnt, die ihr bei den bald bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung eine wirksame Parole und die Möglichkeit des Sieges verschaffen. Denn von solchen Voraussetzungen und Besorgnissen hängen, was patriotische Geschichtsbücher peinlichst verschweigen, bekanntlich die Schicksale der Völker ab.

Ein Wahlsondierungsfahrt der deutschösterreichischen Sozialdemokratie. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom Sonntag veröffentlicht einen Aufruf der Parteiverbreiter, im Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Neuwahlen eifrig zum Wahlsondierungszug zu betreiben. Der Aufruf verweist auf die ungeliebte Politik der Seipelregierung, die Österreich in die Schuldverschuldung des Auslandes gebracht hat, auf die Wirtschaftskrise, die Steuerlast der besitzenden Klassen, die Häufung von indirekten Steuern, auf die den Schultern von Arbeitern und Angestellten aufgebürdete Samierungsaktion und äpfelt in den Worten: Von Woche zu Woche wird es deutlicher, wie sich die Besitzenden — allein zu schwach im Kampfe gegen die Arbeiterklasse — hinter den Generalkommissar des Völkerverbundes verziehen, um ihre dunklen Pläne durch ihn durchführen zu lassen. Im Kampfe um die Anerkennung der Arbeitslosenunterstützung an die Feuerkasse erstickt ihr Widerstand immer mehr und mehr. Die Reden der bürgerlichen Abgeordneten trafen von Arbeiterhaus. Schon liegen christlichsozialen Anträge im Nationalrat, die den Arbeitern und Angestellten selbst Rechte rauben wollen, die ihnen vor dem Unsturz gegeben wurden. Die Völkerverbände gegen den Schlichtungsausschuss werden immer stärker. Die Seipel-Regierung geht dabei mit schlechtem Beispiel voran. Die Ruhehüter in den Reichsministerien fordern immer lauter die Abschaffung des Mieterschubes, die Wiedererrichtung ihrer schrankenlosen Herrschaft und Unberührbarkeit. Während auf der Seite die Spekulation Organe feiert und zehntausende Milliarden verdient werden, verfallen die Volksmassen in immer tieferes Elend.

Präparierung Deutschlands durch Polen. Die polnische Regierung hat der Deutschen Gesellschaft in Warschau eine Note zugehen lassen, in der die Liquidation des Konsulats in Thorn bis zum 15. Mai gefordert wird. Begründet wird diese auffällige Forderung damit, daß das deutsche Konsulat in einem volensintendierten Sinne tätig gewesen sei, indem es die Deutschen des dortigen Bezirkes von einer Abwanderung nach Deutschland abgehalten und dabei mit der Organisation der Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit, dem sogenannten Deutschentum, zusammen gearbeitet habe. Um die brisante und provozierende Forderung der polnischen Regierung hochlich erörtern zu können, muß man nähere Nachrichten abwarten. Von vornherein kann man sagen, daß es bei der noch ungelösten Forderung der in Polen verbliebenen Deutschen, die einen verzweifeltsten Kampf gegen eine rechts-widrige Verfolgung durch Polen führen, selbstverständlich ist, wenn die deutsche Vertretung mit ihnen soviel Rührung hat, als es nötig ist, um die kimmerlichen Rechte des Vertriebenen Vertretung zu wahren. Vor allem aber ist das Vorgehen Polens formell, wenn wir, recht uneuropäisch, internationaler Gesinnungen entspricht es, sich über vermeintliche diplomatische Uebertreibungen zunächst einmal im Rollenwechsel auseinanderzusetzen. Denkbar wäre auch die Forderung der Abberufung eines missliebigen Gesandten oder Konsuls. Die Liquidation einer ganzen Behörde jedoch erinnert an China aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Will man nicht jugendliche Urtreue bei dieser polnischen Forderung annehmen, so läßt nur noch die bewußte Absicht in Frage, die deutsch-polnischen Beziehungen zu trüben.

Telegramme.

Geteilte Aufnahme in Paris.

Paris, 7. Mai. „Echo de Paris“ erklärt, die Note beweise, daß das Deutsche Reich in seinen letzten Vorschlägen einfach den Versuch gemacht habe, sich seinen früheren Verpflichtungen zu entziehen. Das geforderte Vorgehen sei Frankreich durch die Haltung aufgezwungen worden, die das englische Kabinett seit dem 4. Jänner beobachtet und deren Fortsetzung Lord Curzon noch am 4. Mai angekündigt habe. Nach Curzons Wunsch hätten die Alliierten in Berlin wohl ein von allen unterzeichnetes Minimalprogramm und ein nur von Frankreich und Belgien unterzeichnetes Maximalprogramm überreichen sollen? Deutschland hätte dann begriffen, daß es die Mittel in der Hand habe, die französischen und belgischen Truppen aus Essen herauszubringen. — „Deuxième“ sagt: Poincaré hat ausgezeichnet Frankreichs Recht bewiesen, beim Status quo so lange zu verharren, als es ihm gefalle. Er hat ohne Zweifel auch bewiesen, daß Frankreich ein Interesse daran habe, bis in die Unendlichkeit in einer Lage zu verharren, die ihm nichts einbringe und die es sehr teuer bezahle. Das ist aber eine Beweisführung, die nur das französische Parlament angehe. Man sehe heute genau auf denselben Standpunkte wie vor dem deutschen Vorschlag. — Ebenso kritisch, wenn auch nicht ironisch schreibt „Le Courrier“:

Im Hinblick auf die Alliierten und die Neutralen sollte man befürchten, daß Poincaré und Thomaus ihr Ziel verfehlen. Die Frage hinsichtlich der Möglichkeiten einer deutschen Revanche sei nicht sehr glücklich. Sie werde die außerhalb Frankreichs schon sehr verbreitete Meinung verstärken, daß man im Ruhrgebiet nur eine rein politische Operation durchführe. — Ablehnend verhält sich selbstverständlich auch der sozialistische „Populaire“, indem er sagt: Warum legt man solchen Wert darauf, England beiseite zu schieben? Die einzige plausible Erklärung besteht darin, daß England, wenn es auch mit uns die Note abgelehnt hätte, zweifellos doch darauf bestanden haben würde, daß die Note nicht die Tür für eine deutsche Ermüdung verschloße, damit nach diesem ersten Waffengang zweitmäßige Unterhandlungen angeknüpft werden könnten. Heute aber wolle Poincaré nicht, daß es zu Verhandlungen komme. Zu allermindest handele die Regierung so, als ob er es nicht wolle.

Gegen die Hiltlerbanditen.

Eine Kundendemonstration der Münchener Arbeiterschaft.

Berlin, 7. Mai. (Eigenbericht.) In München fand gestern eine von mehr als hunderttausend Menschen besuchte Kundendemonstration der sozialdemokratischen Organisationen im Volkspark statt. Die Nationalsozialisten wagten nicht, die bisher größte Kundgebung der Münchener Arbeiter zu stören.

Abriidung der bayerischen Regierung von Hitler.

München, 7. Mai. Die ständige Bedrohung der sozialistischen Organisationen hat zur Bildung von sozialdemokratischen Sicherheitsabteilungen geführt, die am Sonntag zu einer Standardversammlung ausrichteten. Die bayerische Volkspartei verlangt nunmehr von der Regierung die Auflösung aller links- und rechtsradikalen Sturmabteilungen mit Ausnahme derjenigen, die gewillt sind, die Regierung zu unterstützen. Der frühere Ministerpräsident von Ahr hat sich gegen Hitler und Ludendorff an die Spitze der Bewegung gestellt, die den Namen „Bauern und Reich“ führt. Alle namhaften katholischen Führer haben in den letzten Tagen eine lebhafteste Propaganda in Bayern für diese Bewegung eingeleitet. Die vereinigten vaterländischen Verbände verlangen von der Regierung die Verbotserlassung einer Volksabstimmung zwecks Einsetzung eines Staatspräsidenten, der alle Ausschreitungen von rechts und links verhindern soll.

Der Krupp-Prozess.

Berlin, 7. Mai. (Wolff.) Heute folgte u. a. Wertphotograph Wegmann aus und erklärte, daß die Franzosen schon vom Eingange der Autobahn gefeuert hätten und bei der ersten Salve bereits ein Mann vom gegenüberliegenden Dache tödlich getroffen hinabgestürzt sei. Die Menge habe sofort zu flüchten begonnen. Abteilungsleiter Müller sah, wie von der erregten Menge ein belgischer Motorradfahrer vom Rade gerissen und angegriffen wurde. Er ließ diesen in seinem Büro verbinden und ins Krankenhaus schaffen. (Mittagspause.)

Neuer Protest Polens in Berlin.

Berlin, 6. Mai. Der polnische Gesandte in Berlin hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, in welcher gegen die Enunziationen der deutschen Staatsmänner protestiert wird, in denen die Entscheidung über Oberschlesien als ungerecht und nicht definitiv bezeichnet wurde. Die Note betont, daß solche Enunziationen, besonders diejenigen, welche seitens des Reichskanzlers Cuno erfolgten, auf beiden Seiten eine Atmosphäre der Unsicherheit und der Aufregung schaffen, welche die Beziehungen zwischen den beiden Staaten ungünstig beeinflusst.

Streikämpfe in Barcelona.

Barcelona, 7. Mai. (Havas.) Im Verlauf der vom Ausschusse „Accion Civica“ gegen den Terrorismus veranstalteten Kundgebung ist die Polizei eingegriffen. Bei dem hierbei erfolgten Zusammenstoß wurden zahlreiche Personen verletzt. 18 Manifestanten sind verhaftet worden.

Keine Abberufung britischer Truppen vom Rhein.

London, 7. Mai. (Havas.) Die Meldung über die Abberufung der britischen Truppen aus dem Rheinland wird formell dementiert.

Tages-Neuigkeiten.

Uns ja's noch untergeleigt.

An der Straßenecke steht ein junges Mädchen. Es ist sehr schön und der Glanz der Abendsonne fällt auf ihre Haare, daß sie schimmern wie Gold. So schön ist sie. — Run kommt ein Burche daher. Ein Arbeiter mit frischem Gesicht. Er gibt ihr die Hand und sie lachen beide. Sie haben sich lieb und sie werden sich heiraten. — Ich sehe das Mädchen schon als meine Frau und wie beide sich freuen über ihr Kind. Es ist das erste. Und über das zweite freuen sie sich und

verlassen in ihrer Freude ganz, daß sie arm sind. Und rechnen müssen und sich durchkämpfen von Jähling zu Jähling. Und ihre jungen, lockenden Gesichtser werden ernst und verbittert. Oder auch schmerzhaft mit dem Rot und dem Erntes. Wer weiß das?

Was dann eines Tages der Lohn nicht mehr reicht. So sehr sie auch rechnen und rechnen.

Und überall Schulden. Dann wird sie Zeitungen tragen oder waschen gehen. Oder sie geht in die Fabrik, ein paar Mark mitzubekommen. Ernster und ernster wird ihr Gesicht werden. Das Wochen hört auf. Lohner und Lohner hängen die Kleider ihr auf den Hüften. Sie wird schließlich sein wie alle Frauen ihrer Klasse: Verbittert und grau. Ein verhärmtes Weiblein, das niemand mehr ansieht.

Nur eine Hoffnung wird bleiben: Das die Kinder den Tisch ihrer Eltern verlassen, ihr Brot selbst zu verdienen. Mit ihnen geht auch der Rest ihres Glückes. Einjam sein ist das Ende. Und Armut. Die bettelt an Ecken der Straßen in Lumpen, und läßt sich beschimpfen von Reichen, die reich sind ...

Die Sonne ging unter. Ein Paar geht vorüber. Ich starre ins Licht der Laterne, die über mir aufblitzt. Das war doch das Mädchen mit den schlafenden Haaren? Und er mit dem frischen Gesicht? Ich höre sie lachen. Sie sind ja so jung und haben sich lieb. So lieb. Und sie glauben daran, daß sie das Leben zwingen. Gerade sie. Wenn auch alle verderben.

Und ich möchte, daß sie recht behalten gegenüber dem Leben. Daß sie schon bleibe und er glücklich. Daß doch das Elend verschwände.

Um ihrerwillen möchte ich wirken. Kämpfen um eine bessere Zeit. Sie muß kommen. Und wird kommen.

Und kommt sie auch spät erst, ganz spät, wenn die Zeit unsere Jugend zertrüben und unsere Kraft, wir jaagen voll Trost zu den Jungen, die unsere Kinder sind: Uns hats noch untererzient. Und Aber ihr, ihr ...

Der Tag wird glänzen zu unseren Worten. Rut fällt die Seelen der Jungen. Und wir jaagen zu ihnen: Geht hinein in die Welt. Sie ist die erste. Ganz ernst und birat nichts als Glück.

E. Gr.

Heimkehr sächsischer Kinder aus Deutschböhmen.

In unserem Dresdner Bruderkreis, der „Dresdner Volkszeitung“, finden wir eine Schilderung der Heimkehr Dresdener Protestantenkinder, die auf sechs Wochen Ferienaufenthalt in Deutschböhmen untergebracht waren.

Am 16. März erhielten wir den Auftrag, 140 Dresdener Kinder nach Deutsch-Babel, Markersdorf und Wöhmsdorf in die Tschochlowawski zu begleiten. Es waren die ersten bedürftigen Dresdener Kinder, die Aufnahme in der Tschochlowawski fanden. Wir schilderten feinerzeit die Reise und dem Empfang dieser Kinder und waren überzeugt, daß sie dort eine zweite Heimat gefunden hätten.

Nach reichlich sechs Wochen erhielten wir den Auftrag, die Kinder wieder zurückzuführen. Wir fanden unsere Erwartungen weit übertroffen. Schon am Sonntag, als wir durch Göbel spazieren gingen, sahen wir betrübte Gesichter bei den Pflegeeltern sowohl, als auch bei den Kindern; weil wie die Kinder nun wieder abholten. Gewiß waren die Kinder erfreut, wieder einmal ins Elternhaus zurückzukehren, aber alle wollten am liebsten möglichst gleich darauf wieder zu ihren neuen Pflegeeltern zurückfahren.

Wir hatten Mühe genug, uns eingehend zu erkundigen und zu beobachten, wie die Kinder zu ihren Pflegeeltern standen. Überall, gleichsam aus einem Munde, kam der Befehl: Wir haben sehr braue Kinder gehabt. Liebesvoll sind die Kinder vom ersten Augenblick bis zum letzten von ihren Pflegeeltern betreut worden. Sie waren fast nicht wieder zu erkennen. Alle sahen gesund aus, fast alle hatten erheblich an Gewicht zugenommen. Fast alle waren neu gekleidet von Kopf bis zu Fuß, und freudig glänzten die Gesichter der Kinder, wenn sie uns erzählen konnten, daß sie außerdem noch Geldgeschenke von hier und da erhalten hatten. Immer und immer wieder wurde ausgerechnet, wie hoch ihr Reichtum sei. Pläne wurden geschmiedet, was mit dem Geld anzufangen sei. Jedes Kind hatte seinen eigenen Plan zurhingelegt.

Am Tage der Abreise, am 30. April, flossen Tränen über Tränen bei den Kindern sowohl, als auch bei den Pflegeeltern. Alle hatten in der kurzen Zeit einander lieb gewonnen. Verpackt mit Koffern, Kisten und Paketen, die ihre Schätze bargen, zogen die Kinder nach dem Bahnhof, jedes Kind begleitet von seinen Pflegeeltern. Diese wollten sich unbedingt überzeugen, daß ihre Schützlinge für den Heimtransport richtig untergebracht würden. Auch auf dem Bahnhofe floß noch manche Träne. Mit dem Versprechen, recht bald wieder zu kommen, mußte endlich geschieden werden. Noch lange winkten die Tücher und während der ersten Zeit der Bahnfahrt herrschte recht gedrückte Stimmung. Einige der Pflegeeltern fuhren bis Reichenberg, einige sogar bis Zittau mit.

Doch bald überwand das harmlose kindliche Gemüt die Abschiedstränen und alle waren guter Dinge, tauschen gegenseitig ihre Erlebnisse aus und schmiedeten Pläne für die Zukunft. Je näher wir zu Dresden kamen, desto größer wurde die Unruhe und Ungeduld der Kinder. So schwer sie erst sich trennen konnten so freudig erregt wurden sie nun, als sie ihrer Heimat immer näher kamen. Unter stürmischem Jubel und Tischerglänzen fuhr der Zug 6.05 Uhr im Hauptbahnhof ein. Fast alle Kinder wurden voll Freude von ihren Eltern empfangen. Und manches Kind hatte sich durch Neukleidung und Körperzunahme so verändert, daß die Eltern es nicht gleich

wieder erkannten. Trotz dem kurzen Aufenthalt von nur sechs Wochen hatten alle Kinder — ohne Ausnahme ein gesünderes Aussehen, alle haben sich sehr gut erholt.

Unsere Fremde in Deutsch-Göbel hatten aber nicht nur an ihre Pflegeeltern gedacht, sondern auch noch darüber hinaus. Als Rest einer Sammlung wurden uns 80.000 Mark überreicht, zu dem Zweck, ein bedürftiges Dresdener Kind unentgeltlich an der See unterzubringen. Dankend wurde dieser Betrag entgegengenommen, mit der Versicherung, diesem Wunsche voll und ganz Rechnung zu tragen. Nochmals sei auch an dieser Stelle allen unseren Freunden in der Tschochlowawski für ihre Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit der herzlichste Dank ausgesprochen.

Wie sie lügen und hegen. Die Herkule Barsdorfer „Volkszeitung“, die mit der Dummheit ihrer Leser rechnet, glaubt der Wahrheit Gemüge getan zu haben, wenn sie über den Heberfall gegen Arbeiter, der sich am Freitag im 10. Bezirk in Wien zugetragen hat und bei dem Saksenkreuzler und Polizisten gegen wehrlose Arbeiter vorgingen, in der Rubrik „Neues in Kürze aus Wien“ Nachstehendes berichtet:

Anlässlich einer am 30. April in Bernols stattgefundenen nationalsozialistischen Versammlung kam es zu argen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten, welche die Versammlung sprengen wollten, und Sicherheitswache. Acht Wachbeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Auch Schiffe, welche aber glücklicherweise niemanden trafen, sind aus den Reihen der Sozialisten gefallen.

Die Schreibweise dieses Blättchens, das ohne Bedenken seiner Leserschaft eine Lüge berichtet, indem es Tatsachen in das Gegenteil verkehrt, braucht man nach dieser Probe nicht näher zu charakterisieren.

Ein Saalbau der Aufziger Arbeiterschaft. Die Aufziger Genossen haben schon längere Zeit den Mangel eines geeigneten Saales hart empfunden. Nach den bekannten Aufziger Ereignissen des Jahres 1921 hielt unsere Partei eine Versammlung gegen den Nationalismus ab, in der Genosse Cermak referierte und es als einen Erfolg unserer Partei bezeichnete, daß wir in der deutsch-nationalen Turnhalle unsere Versammlungen abhalten können. Der Turnrat teilte darauf unserer Partei mit, daß er den Saal für Versammlungen für unsere Partei nicht mehr bewilligen werde. Die Herren hatten offenbar geglaubt, auf diese Weise der Nationalismus in der Entwicklung Schwierigkeiten in den Weg legen zu können. Sie haben jedoch mit ihrem Vorgehen gerade das Gegenteil erreicht. Von diesem Tage an erwarbte aufs neue der Wunsch, selbst einen Saal zu bauen, der allen Veranstaltungen der Arbeiterschaft zu dienen hätte. Als bald gingen unsere Genossen daran, den Bau zu beginnen. Am August des vorigen Jahres wurde die Grundsteinlegung vorgenommen und Ende April stand bereits der Bau nahezu fertig da. Am 3. Mai fand die inoffizielle Eröffnung des Saales vor etwa 500 versammelten Vertrauensmännern statt. Genosse Bentele sprach über die Entwicklung des Bezirksverbandshauses und die Geschichte des Saalbaues. Er schilderte die zahlreichen Schwierigkeiten, die die Aufziger Arbeiterschaft bereits mit ihrem Versammlungslokal gehabt hatte und gab dafür eine Uebersicht über den neuen Saal aus. Das große Parterre des Saales hat ein Ausmaß von 130 Quadratmetern, der kleine Saal von 102,24, der große Saal 356,82, der kleine Gallerieaal 102,57, die Galerie 98,94 Quadratmetern. Zusammen also 790,5 Quadratmeter, nutzbarer Fläche. Der Saal ist der größte in Aufzig, er ist architektonisch und akustisch ein Meisterwerk und wird zweifellos nicht nur von unserer Partei, sondern auch von vielen anderen Korporationen benutzt werden. Sonntag fand die offizielle Eröffnung, statt, an der gegen 1000 Genossen und Genossinnen teilnahmen. Unter der Aufziger Arbeiterschaft herrschte große Begeisterung über die Durchführung des schon lange ersehnten Baues und seine Fertigstellung wird zweifellos zu einem Meilenstein in der Geschichte der Aufziger Bewegung werden.

Gescheiterte Verhandlungen bei der Teplitzer Straßenbahn. Wir haben bereits über den Streik der Teplitzer Straßenbahner berichtet. Am Sonntag nachmittags wurden nun, wie die Teplitzer „Freiheit“ meldet, unter Beisein eines Vertreters des Eisenbahnministeriums von halb 3 Uhr bis dreiviertel 7 Uhr Verhandlungen geführt. Dir. Drescher beharrte jedoch weiter auf keinem Standpunkt und machte lediglich den Vorschlag, es sollen ab 1. April 6 Prozent, am 1. Mai 3 Prozent und am 1. Juni neuerlich 3 Prozent abgebaut werden. Selbstverständlich soll auch die Urlaubskürzung beibehalten werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft schlugen dagegen vor, daß für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni zwei Prozent abgebaut werden und dann ein neuer Vertrag abgeschlossen wird. Direktor Drescher lehnte dieses Angebot als undiskutabel ab. Schließlich forderte der Vertreter des Eisenbahnministeriums nach Paragraph 2 der Konzeptionsurkunde vom 2. Oktober 1895 das Unternehmen auf, mit allen gesetzlichen Mitteln den Betrieb aufrechtzuerhalten, bezw. aufzunehmen. Direktor Drescher sagte zu, erbat sich aber „behördlichen Schutz“, der ihm auch zugesichert wurde. Am 9 Uhr abends fanden neuerliche Verhandlungen statt, die bis in die Mitternachtsstunde dauerten. Es konnte jedoch auch da keine Einigung erzielt werden, weil der Direktor auf seinem Standpunkte beharrte, trotzdem die Vertreter der Arbeiter bereits einen sechsprozentigen Lohnabbau ab 1. Mai zustimmten. Durch

die Ablehnung dieses Angebotes durch die Direktion sind die Verhandlungen endgültig gescheitert. Der Streit geht also unverändert weiter.

Aus der Zentralverwaltungs-Kommission für Groß-Prag. In der gestrigen Sitzung sollte über die Vergebung des Baues der neuen Gasanstalt in Mladá beraten und Beschluß gefaßt werden; der Antrag der engeren Verwaltungs-Kommission ging dahin, den Bau für die Summe von mehr als 102 Millionen Kronen an die französisch-englische Gruppe Dunal-Bestgattung zu vergeben, und dies, obwohl ein Anbot der Essener Firma Koppers für die Stadt erheblich günstiger war. In den letzten Tagen sollen nun in den Kreisen der Techniker der tschechischen Parteien derartige gewichtige Bedenken gegen das Anbot der französisch-englischen Gruppe aufgetaucht sein, daß die Angelegenheit von der Tagesordnung der Sitzung abgesehen und zu deren Erledigung auf Samstag, den 12. d. M., eine eigene Sitzung des Kollegiums angefordert wurde. Zu Beginn der Sitzung wurde in Abwesenheit der deutschen Vertreter der Verwaltungs-Kommission der Beschluß gefaßt, zu besonderer Ehrung des Marshall Foch, der bekanntlich in den nächsten Tagen im Triumphzuge durch die Prager Straßen ziehen wird, die Jungmannstrophe der Stadt Weinberge, die an den diversen Friedhöfen vorbeiführt, in Fochstraße umzutauschen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu einer lebhaften Debatte, als über einen Antrag des Magistrates beraten wurde, der dahin ging, die Lagen der Kaminöfen und Autodrohnen in Prag herabzusetzen. Gen. Dr. Arthur Bloch ergriff das Wort, um auseinander zu setzen, daß der Magistrat nicht bloß auf die Herabsetzung der genannten Lagen, sondern auch die Lagen und Preise der Prager Kamine, Waschanstalten, Gas- und Kaffeehäuser und überhaupt alle übrigen Gewerbetreibenden hinwirken solle, die sich weigern, dem allgemeinen Preisabbau Rechnung zu tragen. Dr. Bloch wies aber auch darauf hin, daß die Verwaltung der Stadt Prag eigentlich nicht die moralische Legitimation habe, von anderen die Herabsetzung der Preise für Arbeitsleistungen und Produkte zu verlangen, wo sie selbst weder die Lagen auf dem Schlachthofmarkt und namentlich die Tarife auf den Prager Straßenbahnen herabsetze, wiewohl dieselben Gründe für die Herabsetzung der Preise auch hier vorliegen und das Verhalten der Prager Stadtverwaltung sogar in der letzten Sitzung der händigen Konventionen entsprechende gekennzeichnet wurde. Nach einer längeren Debatte, in welcher namentlich der Präsident der tschech. elektr. Unternehmungen die merkwürdige Stellung derselben zu verteidigen versuchte, wurden die auf Verbilligung aller genannten Lagen und Preise gerichteten Anträge des Gen. Dr. Bloch angenommen und insbesondere der engeren Verwaltungs-Kommission und dem Verwaltungsrate der elektr. Unternehmungen auferlegt, eine Verbilligung der Fahrtentartarife nach der Richtung einzutreten zu lassen, daß anstatt des bisherigen Preises von 1 K 20 Heller für eine Fahrkarte der Preis von einer Krone allgemein bestimmt werde. Es bleibt abzuwarten, ob endlich einmal die Prager Stadtverwaltung diesem allgemeinen Wunsche der Prager Bevölkerung Rechnung tragen wird.

Die deutsche und tschechische Sprache an den Volksschulen. Der Landes-Schulrat hat mit einem Erlasse vom 19. März 1923 verfügt, daß der nicht obligate Unterricht der deutschen Sprache an tschechischen Volksschulen vom Schuljahre 1923-24 an in der 4. Klasse zu beginnen habe. Eine Ausnahme ist nur mit Zustimmung des Landes-Schulrates gestattet. In gleicher Weise wird mit demselben Erlasse auch der unobligate Unterricht der tschechischen Sprache an deutschen Volksschulen verfügt.

Die Regulierung der Moldau in Groß-Prag. Um geeignete Baugründe in Groß-Prag zu gewinnen, soll bekanntlich die Moldau reguliert werden. Das

Arbeitsministerium hat bereits das ganze Projekt hierfür ausgearbeitet. Der Flußlauf soll bei den Mäandern abgelenkt, bezw. verläßt werden und der gewonnenen Grund soll zu Baugründen dienen. Die Inangriffnahme der Arbeiten hängt jedoch von den Geldbeträgen ab, die das Finanzministerium zur Verfügung stellen will. Zu diesem Zwecke wird in kurzer Zeit ein Ministerrat stattfinden, der die Geldfrage lösen soll.

Verbilligung der Strompreise in Prag. In der am Samstag abgehaltenen Sitzung der Prager engeren Verwaltungs-Kommission wurde der Antrag des Verwaltungsrates der elektrischen Unternehmungen auf Herabsetzung und Regelung der Preise für elektrische Energie von der ersten Ablehnung nach dem 1. April 1923 genehmigt. Demnach wird der Strompreis für Beleuchtung von 4.32 Kronen auf 4 Kronen, weiter der Grundpreis für Motor-, industrielle, Heiz- und Kochzwecke auf 2.25, bisher 2.40, herabgesetzt.

Der deutsche Flugplan 1923. Mit großen Plänen und Hoffnungen gehen, wie die Berliner Mätter melden, in diesem Jahre die Luftverkehrsunternehmungen, der Aero-Flug und die Junkers-Werke, in die Flugsaison. Neben der großen Linie Berlin-London sind folgende Flugstrecken vorgesehen: Berlin-Danzig-Königsberg Dienstag, Donnerstag, Samstag jeder Woche; Königsberg-Memel-Riga-Kawal täglich außer Sonntags; Danzig-Warschau-Berlin täglich außer Sonntags. - Süd-Strecken. Beginn am 14. Mai: Berlin-Breslau-München-(Berlin)-München-Wien-Budapest. Die Flugpreise stellen sich vorläufig wie folgt: Berlin-Danzig 150.000 Mark, Berlin-Königsberg 160.000 Mark, Danzig-Königsberg 50.000 Mark. Gepäcktarife: Berlin-Königsberg fünf Kilogramm frei, sechs bis zehn Kilogramm 1000 Mark, elf bis fünfzehn Kilogramm 2000 Mark, 16-20 Kilogramm 4000 Mark, 21 bis 25 Kilogramm 6000 Mark je Kilogramm. Über 25 Kilogramm bis 50 Kilogramm ist ein zweiter Flugschein zu lösen. Frachttarife: Berlin-Danzig 2000 Mark, Berlin-Königsberg 2750 Mark, Danzig-Königsberg 750 Mark je umfangenes Kilogramm.

Entdeckung eines großen Oellagers in Hannover. Die Mitteleuropäische Bergbau- und Industrie-Gesellschaft hat bei Oberz (Kreis Peine) in großer Tiefe ein Oellager entdeckt. Das Öl wurde mehrere Stunden lang über Turmhöhe herausgedrückt. Die Qualität des erhobenen Oels ist erstklassig. Es wurde ein Verzinsgehalt von 20 Prozent festgestellt. Das in Betracht kommende Gelände ist 9000 Morgen groß.

Goldhamster, die kein Glück brachte. Die Barnsdorfer „Volkszeitung“ meldet von einem in der vergangenen Woche im Leßener Bezirke verstorbenen Bauer, der in seinem Testamente anführte, daß er 370 Goldstücke besitze, und zwar 300 Zwanzigtröckelstücke und 70 Sechszwanzigtröckelstücke. Er bezeugte genau das Versteck, in dem der Goldschatz zu finden sei und gab an, wie diese Summe unter seine Erben zu verteilen sei. Da für Gold- und Silbermünzen Zwangsablieferungspflicht besteht, verfiel dieser Schatz der Beschlagnahme und wurde auch richtig von staatlichen Finanzorganen aus seinem Versteck gehoben.

Bestätigung eines Todesurteils. Das Oberste Gericht in Brunn hat nach zweitägiger Verhandlung die Richtigerbeschwerde des Häuslers Joh. Rada aus Krasnohory verworfen und das Todesurteil des Obergerichtes bestätigt. Rada hat seine 14jährige Tochter mißbraucht und das Kind, das aus dieser Verbindung entkam, getötet. In nicht-öffentlicher Sitzung wird über die Begnadigung des Verurteilten beraten werden.

Eine Familientragödie. Gestern vormittags gab der 34jährige Arbeiter Anton Rutschera aus Prag-Strahow vor dem Galshaus „Na lozarne“ in Prag-Weinberge gegen den 49jährigen Johann R i-

et vier Revolverkugeln ab und schoß dann gegen sich selbst. Riedel war auf der Stelle tot. Der schwerverletzte Attentäter wurde ins Weinberger Krankenhaus gebracht, wo er angab, daß seine Frau mit Riedel ein Verbandsverhältnis gehabt habe und Riedel nicht von ihr ablassen wollte, obwohl er ihn verwarnte.

Bei der Arbeit verunglückt. Gestern nachmittags stürzte in Prag-Dejwiz der 30jährige Maurer Franz Baresch von einer Leiter in einen Dicht-hof hinab und erlitt schwere Verletzungen. Da das Gerüst nicht vorschriftsmäßig angebracht war, wurde eine Untersuchung eingeleitet. - Auf dem Weichowitzer Bahnhof verlor gestern früh der Arbeiter Johann Balesch aus einem Waggon Bauholz. Mäßig geriet das aufgeschichtete Bauholz ins Gleiten und verschüttete Balesch, der schwere innere Verletzungen erlitt.

Autounfall. Ein Auto, in dem der Gastwirt Cermak, eine gewisse Frau Zeman aus Prag-Neustadt und der Chauffeur Binder saßen, stieß Freitag abends in einer schiefen Biegung etwa eine halbe Stunde von Stranšich an eine Telegraphenstange und schlug um. Der Chauffeur erlitt lebensgefährliche, die beiden anderen Passagiere leichtere Verletzungen. Das Auto wurde zertrümmert.

Kleine Chronik.

Schweres Bootsunglück. Am Wolziesersee bei Königswusterhausen ereignete sich Sonntag ein schweres Bootsunglück. Ein Ruderboot mit drei Mitgliedern eines Berliner Ruderclubs und drei Damen wurde vom Sturm umgestürzt. Es gelang nur einem Herrn zu retten, die übrigen sind ertrunken.

Sommer im Mai. Aus der frühlingsharten Bitterung, die in den ersten Maitagen herrschte, hat sich am Schlusse der Woche rasch hochsommerliche Hitze entwickelt. Schon am Freitag wurden in Westdeutschland vielfach 25 Grad Wärme erreicht oder ein wenig überschritten; in Frankreich stieg das Thermometer an diesem Tage sogar schon auf 30 Grad C. Die starke Erwärmung breitete sich Samstag bei lebhaftem Südwind auf ganz Mitteleuropa aus; überall wurden 25 Grad C. erreicht oder beträchtlich überschritten, und das Tagesmaximum erhob sich an zahlreichen Orten bis nahe an 30 Grad Wärme, jedoch am 5. Mai weiterbreitet der erste Sommertag d. J. zu verzeichnen war. Von Gewitterbrüchen abgesehen wird das sommerlich warme Wetter zunächst fort-dauern.

Gerichtssaal.

Wurst aus Kadavern.

Wie eine Viehverwertungs-Gesellschaft im Weltkrieg arbeitete.

Prag, 7. Mai. Hin und wieder — nicht allzuoft, denn das Kapital findet immer Mittel und Wege, alles zu unterdrücken, was ihm unangenehm werden muß — bringen in die Oeffentlichkeit Meldungen über die Art und Weise, in der in manchen Betrieben die Produktion vor sich geht. In größeren Betrieben lassen sich Unregelmäßigkeiten leicht abstellen, da man einer größeren Anzahl von Arbeitern nicht so leicht Stillschweigen aufzwingen kann wie einigen wenigen Angestellten, die in einem kleineren Betriebe vom Unternehmer oft stark abhängig sind. Die heutige Gesellschaftsordnung und der in ihrem Sinne geleitete Staat wiederum hat andererseits das größte Interesse daran, wenn Skandalaffären — und sei deren Ursache noch so verbrecherisch — möglichst ohne großes Aufsehen unterdrückt werden.

So nennt es auch gesehen, daß die Oeffentlichkeit bis heute eigentlich sehr wenig darüber erfahren hatte, auf welche Weise die „Česká zemědělská společnost pro zpenžování dobytka“ (Tschechische landwirtschaftliche Gesellschaft für Viehverwertung) in Prag im Kriege ihre Millionen verdiente. Daß diese Gesellschaft ohne Bedenken

Kadaverfleisch für die Zubereitung von Salami verwendete, wird kaum glaublich klingen, verhält sich aber tatsächlich so und ist durch eine Reihe von Zeugen einwandfrei bestätigt. Die ganze unsaubere Geschichte kam durch einen Ehrenbeleidigungsprozeß zutage, den die genannte Firma gegen den Fleischhauer Josef Hodel aus Prag-Weinberge angehängt hatte. Hodel erklärte nämlich am 25. Mai des Vorjahres bei einem Gespräche auf dem Bahnhofe in Prag-Weinberge, daß die „Česká zemědělská“ im Kriege Millionen zusammengehoffen habe.

Die Firma klagte, wie schon erwähnt, auf Ehrenbeleidigung. Hodel erbot sich nun bei der ersten Verhandlung, die vor einigen Monaten stattfand, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die von ihm beschuldigte Firma überhaupt untreu gearbeitet und sich auf diese Weise ein Millionenvermögen erworben habe.

Der gleich damals vom Angeklagten geführte Zeuge Josef Ruchak bestätigte, daß die Gesellschaft, die im Kriege viele Privilegien besaß, sich

auf Kosten des Staates um 17 Millionen bereichert

habe. Der Zeuge erklärte dann weiter, daß bei der Gesellschaft unter Leitung des Sektionschefs Ziral aus dem Finanzministerium eine Revision erfolgt sei. Weiter führte der Zeuge aus, daß der Sektionschef des Ackerbauministeriums Wegert Mitglied des Aktionärsausschusses der Gesellschaft gewesen sei. Die Gesellschaft sei mit einem Kapital von 300.000 Kronen gegründet worden. Später sei das Kapital auf 600.000 Kronen und schließlich auf zwei Millionen Kronen erhöht worden. Der Zeuge hält es für ausgeschlossen, daß sich die Gesellschaft auf rechtem Wege ein Vermögen von 17 Millionen Kronen erworben konnte.

Über die Art und Weise, in der sich die Gesellschaft ihr Vermögen verdiente, gaben dann die nächsten Zeugen Auskunft, die im Laufe des Verfahrens einvernommen wurden. In ein eigenartliches Licht wurde die Gesellschaft schon durch die Aussagen des

Zeugen Bohuslav Rodovitz gestellt, der unter anderem bestätigte, daß die Gesellschaft im Kriege verschiedene Privilegien hatte und — mißbrauchte. Die Gesellschaft hat im Jahre 1918, als in Prag das größte Hungerelend in den Vorstädten herrschte, einen Fleischtransport, der für Prag bestimmt war, kurzerhand requiriert und nach Wien weitergeschickt.

Der Fleischhauergehülfe Wenzel Hummel, der bei der Gesellschaft angestellt war und als Zeuge einvernommen wurde, gab an: Die Gesellschaft lieferte im Kriege Fleisch an viele Konsumvereine. Bei diesen Fleischlieferungen wurden bis zu 40 Proz. Knochen, statt der erlaubten 20 Prozent, den Konsumenten zugehen. Die bei der Firma angestellten Arbeiter sollten von ihr Zucker zugewiesen bekommen, bekamen ihn jedoch niemals, da ihn die Gesellschaft unter der Hand verkaufte und das Geld sich behielt.

Verkaufte Widder als Wurstfleisch.

Die bis jetzt angeführten Unregelmäßigkeiten im Betriebe der Gesellschaft nehmen jedoch nur eine bescheidene Rolle in dem Material ein, das im Laufe des Prozesses ans Tageslicht gefördert wurde. Am wichtigsten sind die Aussagen des Zeugen Josef Cizek, der im Kriege gleichfalls bei der Gesellschaft angestellt war.

Wo Liebe ist, da ist Gott.

Von Leo Tolstoi. 2
Awdjeitsch las diese Worte, und seine Seele wurde freudig gestimmt. Er nahm seine Brille ab, legte sie auf das Buch, stützte das Kinn auf den Ellbogen und versank in Nachdenken. Er legte diese Worte als Maßstab an sein eigenes Leben und sagte sich:
„Wo steht nun mein Haus — auf dem Felsen oder auf der flachen Erde? Es ist mir so wohl zumute, als ob's auf dem Felsen stände. So leicht ist mir ums Herz, ich lebe für mich allein, und es scheint, daß ich immer so gehandelt habe, wie Gott es befiehlt. Mich' ich mich unter die Menschen, dann sündige ich wieder. Ich will's schon so weiter halten wie bisher. Gar zu wohl ist mir dabei. Hilf mir, o Herr!“
So dachte Awdjeitsch und wollte sich zur Ruhe legen, doch konnte er sich von dem Buche noch nicht trennen. Und er las auch noch das siebente Kapitel. Von dem Hauptmann las er, und von dem Sohne der Witwe, und auch die Antwort, die Jesus den Jüngern des Johannes gab, las er und kam bis zu der Stelle, da der reiche Pharisäer den Herrn zu sich zu Gast lud: er las von der Sünderin, die ihm die Füße salbte und sie mit ihren Tränen wechte, und wie Er ihr Tun vor dem Pharisäer rechtfertigte. Und er kam zum Vers 44 und las:
„Und Er wandte sich zu dem Weibe und sprach zu Simon: Siehst du dieses Weib? Ich bin kommen in dein Haus, du hast Mir nicht Wasser gegeben zu Meinen Füßen: diese aber hat Meine Füße mit Tränen gewebet und mit den Haaren ihres Hauptes getrocknet. Du hast Mir keinen Kuß gegeben: diese aber, nachdem sie herinkommen ist, hat sich nicht abgelaufen, Meine Füße zu küssen. Du hast Mein Haupt nicht mit

Del gesalbet: sie aber hat Meine Füße mit Myrrhen gesalbet.“
Er las diese Verse und dachte: „Wasser für die Füße gab er Ihm nicht, einen Kuß gab er Ihm nicht, und Sein Haupt salbte er nicht mit Del.“
Und wieder nahm Awdjeitsch die Brille ab, legte sie auf das Buch und versank von neuem in Nachdenken.
„Der Pharisäer“, sagte er sich, „scheint genau soich ein Mensch wie ich gewesen zu sein. Hat offenbar auch nur an sich selbst gedacht, daß er sein Glas Tee habe, daß er sein warmes, knolliges Nest habe — an den Gast aber hat er nicht gedacht. Um sich selbst nur war er besorgt, der Gast war ihm gleichgültig. Wer aber war dieser Gast? Der Herr selbst war es. Wenn Er einmal zu mir käme — würde ich Ihn wohl ebenso schlecht aufnehmen?“
Und Awdjeitsch stützte sich auf beide Ellbogen und war eingenickt, ehe er sich's versah.
Da raunte plötzlich eine Flüsterstimme ganz leise wie ein Hauch an seinem Ohre: „Martin!“
Martin fuhr aus dem Schlafschummer auf und sprach: „Wer ist da?“
Er wandte sich um und sah nach der Tür — niemand war zu sehen. Er schummerte wieder ein. Mäßig vernahm er ganz deutlich die Worte: „Martin, hör' einmal, Martin! Sieh morgen auf die Straße hinaus, Ich werde kommen.“
Martin erwachte, stand vom Stuhle auf und rieb sich die Augen. Und er wachte selbst nicht, ob er jene Worte im Traume oder in der Wirklichkeit gehört hatte. Er schob die Lampe aus und ging schlafen.
Am Morgen, noch ehe es hell geworden, erhob sich Awdjeitsch, betete, machte Feuer im Ofen an, setzte Stuhlhülle und Wäsche auf, stellte den Samowar auf, band seine Schürze vor und setzte sich ans Fenster, um zu arbeiten. Er sah da und arbeitete und dachte dabei in einem fort an das,

was ihm gestern begegnet war. Und seine Gedanken gingen dabei in zweierlei Richtungen: bald glaubt er, es sei ein Traum gewesen, und bald glaubt er wirklich eine Stimme gehört zu haben. „Schon öfter“, dachte er, „ist so etwas geschehen.“
Martin sah am Fenster und blidte immer wieder von der Arbeit auf, um auf die Straße zu schauen. Sobald jemand vorüberging, dessen Stiefel er nicht kannte, neigte er sich vor und sah hinaus, um nicht nur die Beine, sondern auch das Gesicht des Vorübergehenden zu sehen. Ein Hauswart in neuen Filzstiefeln kam vorbei, und ein Wasserträger, und dann erschien vor dem Kellerfenster ein alter Soldat aus der Zeit des Kaisers Nikolaus in gestickten alten Filzstiefeln, mit einer Schaufel in den Händen. An den Filzstiefeln erkannte ihn Awdjeitsch. Stepanytsch hief der Alte, und er wohnte aus Gnade nebenan beim Kaufmann. Dafür hatte er dem Hauswart bei der Arbeit zu helfen. Stepanytsch schaufelte gerade den Schnee vor Awdjeitschs Fenster fort.
„Bin wohl auf die alten Tage schon ganz dumm geworden“, dachte Awdjeitsch und mußte über sich selbst lachen. „Ich denke, daß Christus zu mir kommt — und dabei ist es Stepanytsch, der den Schnee wegschaufelt! Bist schon richtig schwachhinnig, alter Krake!“
Er hatte jedoch noch keine zehn Zeide gemacht, als es ihn wieder nach dem Fenster hinstieg und er hinausschauen mußte. Und er sah Stepanytsch, der die Schaufel an die Wand gestellt hatte und sich zu erwärmen und auszuruhen suchte.
Ein alter, hinfälliger Mensch war dieser Stepanytsch, und es schloß ihm wohl an der Kraft, den Schnee wegzukratzen. „Ob ich ihn nicht ein Glas Tee anbieten soll?“, dachte Awdjeitsch. „Der Samowar ist eben ins Sieden gekommen.“
Er stand die Tische ins Holz, stand auf, stellte den Samowar auf den Tisch, machte den Teekausch fertig und klopfte mit dem Finger an die Scheide.

Stepanytsch drehte sich um und trat an das Fenster heran. Awdjeitsch bedeutete ihm durch einen Wink, er solle nähertreten, und öffnete ihm die Tür.
„Komm herein und wärme dich“, sagte er. „Bist tüchtig durchgefroren, wie?“
„Christus mag's dir vergelten“, sagte Stepanytsch. „Ja, die alten Knochen wollen nicht mehr.“
Stepanytsch trat ein, schüttelte den Schnee von sich ab, suchte seine Füße zu reinigen, um den Fußboden nicht naß zu machen, und wankte dabei hin und her.
„Läß nur, ich werde es aufwischen“, sagte Awdjeitsch. „Komm her und seh' dich. Wollen zusammen Tee trinken.“
Awdjeitsch schenkte zwei Gläser ein, setzte das eine vor den Gast, leerte das andere in die Untertasse und begann den Tee, der ihm zu heiß war, zu blasen.
Stepanytsch leerte sein Glas, lehnte es mit dem Boden nach oben um, legte ein angenehmes Stiefel Zuder darauf und bedankte sich. Es schien, daß er gern noch ein Glas getrunken hätte.
„Trink noch“, sagte Awdjeitsch und füllte sein Glas wie auch das Glas des Gastes von neuem. Er trank seinen Tee und sah dabei immer wieder auf die Straße hinaus.
„Du erwartest wohl jemanden?“ fragte der Gast.
„Ob ich jemanden erwarte? Fäßt scheue ich mich, es zu sagen, wen ich erwarte. Ich erwart' Ihn und erwart' Ihn auch nicht — ein seltsames Wort ist mir nämlich in die Seele gefallen. Eine Erscheinung hatt ich, oder so was in der Art, ich weiß es selbst nicht, was es war. Siehst du, mein lieber Bruder, ich las gestern in den Evangelien vom Väterchen Christus, wie Er auf Erden wandelte, und wie Er gelitten hat. Hast doch von Ihm gehört, wie?“
(Fortsetzung folgt.)

Cizel sagte als Zeuge aus, daß in die Werkstätten der Gesellschaft

trepierte Widder

eingeliefert wurden, deren Fleisch verkauft war, grün schimmerte und einen entsetzlichen Gestank verbreitete.

Die Schafshürde als Kadaverlagerstätte.

Die Gesellschaft, die sich kein Gewissen daraus machte, faules und stinkendes Fleisch zu Wurst zu verarbeiten, besaß in Zillow eine Hürde, in der sie Schafe züchtete.

Täglich gingen in dieser Hürde bis 40 Stück Schafe zu Grunde. Das trepierte Vieh blieb dort oft lange liegen, so daß es ganz von Würmern bevolkert war.

Im Laufe des Prozesses beantragte der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Javadi, daß das Gericht vom Finanzministerium die Protokolle über die Revision verlangen solle, die unter Leitung des Generalsekretärs bei der Gesellschaft durchgeführt wurde.

Bei der letzten Verhandlung in diesem Prozesse, die am 4. d. M. (beim Karolinentaler Bezirksgericht) stattfand, beantragte der Verteidiger des Angeklagten weiter, daß die Schriften des Prozesses der Staatsanwaltschaft übergeben werden, um zu untersuchen, ob nicht der Tatbestand des Vergehens oder der Übertretung des Gesetzes über die Lebensmittel und weiter, da die Gesellschaft 17 Millionen erworben hat, ob nicht irgend der Tatbestand irgendeiner anderen ungesetzlichen Handlung vorliegt.

Der Bezirksrichter — ODB. Böhm — stimmte diesem Antrage des Verteidigers zu. Die Akten des Prozesses, der sich aus einem Ehrenbeleidigungsprozeß zu einer ungeheuren Skandalaffäre entwickelt hat, gehen also an die Staatsanwaltschaft weiter.

Korruptionsfälle bei der Sachdemobilisierung in Wien.

Wien, 7. Mai. (Eigenbericht.) Vor dem Straßbezirksgericht wurde heute ein Ehrenbeleidigungsprozeß verhandelt, den der ehemalige Direktor der Couponbank für Sachdemobilisierung gegen den Ersparungsminister Dr. Hornik angestrengt hatte.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes Vegetabilische Nahrungsmittel, Animalische Nahrungsmittel, etc.

Das Preisniveau der Großhandelswaren hat sich unmerklich von 1028 auf 1031, d. i. um 0,2%, erhöht. Die Preisbewegung war in einzelnen Gruppen trotzdem ziemlich beträchtlich und wird dadurch geäußert, daß die Nahrungs- und Genussmittel durchschnittlich um 1/2% gestiegen, wogegen die Industriestoffe und Erzeugnisse um 0,1% sowie auch die importierte Ware infolge Steigerung des Aufwandes der Fischschiffahrt um 0,8% gestiegen sind.

Nachstehend eine Uebersicht über die Entwicklung des Großhandelsindex in den Jahren 1922 und 1923: 1. Jänner 1922 1675, 1. November 1922 1017, 1. Dezember 1922 999, 1. Jänner 1923 1003, 1. Februar 1019, März 1028, April 1031.

Dieses Steigen der Preise ist auch in anderen Staaten zu beobachten. In Großbritannien betrug der Index am 1. Dezember 1922 166, am 1. März 1923 171, in Frankreich am 1. Dezember 369, am 1. Februar 431. In Italien stieg in derselben Zeit der Index von 632 auf 634, in Polen von 346.000 auf 359.000, in den Vereinigten Staaten von 161 auf 162, in der Schweiz vom Dezember bis April von 172 auf 186, in Deutschland in derselben Zeit von 167.000 auf 639.000.

Verbandsrat der nordwestböhmischen Konsumgenossenschaften.

Sonntag fand im neuen Galerieaal des Volkshauses in Aussig die Kreisversammlung der nordwestböhmischen Konsumgenossenschaften statt. Sie war von zwölf Konsumvereinen mit 46 Delegierten besetzt. Außerdem nahmen als Gäste teil: die Genossen Cermak für die Partei, Genosse Hadel-Böhm, Kamnit, Kreisch und Aron von der G. E. C. und Genosse Michal vom Verband Deutscher Wirtschaftsgenossenschaften.

Ein polnisch-deutscher Industriebund. Verschworene Blättermeldungen zufolge finden gegenwärtig Verhandlungen in Oberschlesien zwecks Schaffung eines Trusts der Berg- und Hüttenunternehmungen des polnischen wie auch im deutschen Teile Oberschlesiens statt, der mit der deutschen Schwerindustrie im engen Kontakt treten soll.

Für ein einheitliches deutsches Arbeitsrecht. Die reichsdeutsche Sozialdemokratie hat folgende Entschlieung im Reichstage eingebracht. Die Entschlieung wurde dem Sozialen Ausschuss zur Weiterberatung überwiesen: „Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, die Vorarbeiten für ein einheitliches, soziales Arbeitsrecht und den Ausbau einer demokratischen Betriebsverfassung mit möglichster Beschleunigung dem baldigen Abschluß näher zu bringen.“

Die reichsdeutsche Sozialdemokratie hat folgende Entschlieung im Reichstage eingebracht. Die Entschlieung wurde dem Sozialen Ausschuss zur Weiterberatung überwiesen: „Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, die Vorarbeiten für ein einheitliches, soziales Arbeitsrecht und den Ausbau einer demokratischen Betriebsverfassung mit möglichster Beschleunigung dem baldigen Abschluß näher zu bringen.“

besörden Rücksicht genommen werden. Als besonders dringend fordert der Reichstag die gesetzliche Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit. Eine weitere Ausschaltung der Landarbeiter, der Hausangestellten, der Büroangestellten (Rechtsanwaltsgehilfen) und anderer Berufe von den Arbeitsgerichten muß von den Beteiligten als unerträglich empfunden werden.

Kongress des Internationalen Arbeiterinnenbundes. Dieser Kongress wird vom 14. bis 21. August, während der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde veranstalteten Sommerkurs auf Schloß Brühl bei Köln stattfinden.

Devilenturfe. Die tschechische Krone notiert in: Zürich 16.55.00, Berlin 1113.00, Wien 2115.00.

Prager Kurse am 7. Mai. 100 holl. Gulden 1338.—, 10000 Mark 8.75.00, 100 belg. Frank 195.25, etc.

Zürcher Schlusskurse am 7. Mai.

Table with 3 columns: Location, Gold, Ware. Includes Paris, London, Berlin, etc.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Dienstag, Mittwoch, Donnerstag Gastspiel Raffarty-Birtl „Madame Pompadour“.

Der Film.

Der grandiose Universal-Epochenfilm Robinson Crusoe im Rio Louvre, das Tagesgespräch von Prag.

Turnen und Sport.

Tschechoslowakei — Dänemark 2:0 (2:0). Die Dänen erwiesen sich wider Erwarten als hartnäckige Gegner, die besonders in der zweiten Halbzeit das Spiel durchaus offen halten konnten.

Oesterreich — Ungarn 1:0 (0:0).

Oesterreich siegte Sonntag vor 60.000 Zuschauern auf der hohen Warte verdient über die Ungarn, die ohne Mattis ontraten.

Sonstiger Sonntagsfußball.

Wader-Wien 2:0. — Breßburg: D. S. C. Prag lomb. geg. I. C. S. R. Bratislava 2:2. — Brünn: Bienna gegen Moravia Slavia 4:3.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Moorbad Bohdaneč bei Pardubice

heilt erfolgreich Rheumatismus, Fragen- u. Nervoukrankheiten. Moderne Einrichtung — Zentralheizung. Ausgedehnte Parkanlagen, Waldige Umgebung.

Herausgeber: Dr. Lubmij Egeh und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

In einer Stunde Das Weltall, Philosophie, Wirtschaftliche Angelegenheiten, Belletristik, Deutsche Literatur, Physik, Chemie.

Advertisement for Palmak rubber shoes. Features a large illustration of a palm tree and a shoe. Text: „Palmak Kautschukabsätze und Kautschuksohlen. Schonen die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!“

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Neuerliches Steigen der Preise. Großhandelsindex im März 1028 im April 1031.

Die Nummer acht-neun der „Preisberichte des Statistischen Staatsamtes“ bringt den Index der Großhandelspreise zum 1. April 1923. Der Stand der Preise zu diesem maßgebenden Tage